

2010

Gesammelte Statements

**FEMINISTISCHES
INSTITUT
HAMBURG**
ANALYSEN, POSITIONEN & BERATUNG

Herausgegeben von:

*Tanja Carstensen, Melanie Groß,
Kathrin Schrader, Gabriele Winker*

<http://www.feministisches-institut.de>

Impressum

Feministisches Institut Hamburg: Gesammelte Statements 2010
herausgegeben von Tanja Carstensen, Melanie Groß, Kathrin Schrader, Gabriele Winker
Hamburg, 2011

Feministisches Institut Hamburg
c/o Kathrin Schrader
Haakestraße 73c
21075 Hamburg

Tel.: 040 / 42878 – 4005

Mail: info@feministisches-institut.de

Homepage: www.feministisches-institut.de

Arbeit

„Ich bin nicht arbeitslos.“ Aktivierung? Nein danke! ALG II-beziehende Ehefrauen mit Kinderbetreuungsverpflichtungen im Widerstand?
20.01.10, Kathrin Englert 4

„Nach meinem Studium möchte ich Au-pair werden“: Zur Bedeutung des Au-pair Aufenthalts in der Biographie junger Russinnen
16.12.10, Caterina Rohde 8

Feministische Theorien

Geschlechtertheoretische Diskurse in den USA.
Eine subjektive Situierung
10.05.10, Stefan Paulus 11

Interventionen

Die Tomate weiter werfen... Feministische Gesellschaftskritik jenseits von Alphas Mädchen und F-Klasse
08.03.10, Feministischer Arbeitskreis ‚Schöner Leben‘ 14

Missy. Popkultur von und für Frauen
21.07.10, Stefanie Lohaus 18

Zwischen Emanzipation und Einpassung: postfeministische Verwicklungen in Politik und Popkultur
19.10.10, Jette Hausotter 21

Ökonomie

Vorsorgendes Wirtschaften – Zukunftsfähigkeit jenseits der Krisenökonomie
25.05.10, Adelheid Biesecker 25

Sozialpolitik

Das Grauen vor der Prostitution, den Drogen ... den Anderen
14.04.10, Kathrin Schrader 28

Es geht aufwärts?! Das Elterngeld für Erwerbslose wird gestrichen –
Stellungnahme des Instituts für nachhaltige Entwicklung e.V.
27.09.2010, Jenny Ullrich 31

Die Erosion des männlichen Familienernährermodells
17.11.10, Lisa Haller und Jörg Nowak 33

Technologie

Netpolitik und soziale Gerechtigkeit. Ein queer-feministisch-
intersektional inspirierter Blick auf die Themen der digitalen
Bürgerrechtsbewegung
23.02.10, Kathrin Ganz 36

Web 2.0 = demokratische Öffentlichkeit? Einige (feministische)
Anmerkungen zu einer erneuten Debatte
21.06.10, Tanja Carstensen 39

Digitale Spaltung per Gesetz – Das Internet zwischen Produktion und
Kompensation sozialer Ungleichheit im Alltag von Erwerbslosen
02.09.10, Kathrin Englert 42

Alle Texte aus 2010 und weiteren Jahren sowie Informationen über die AutorInnen online:
<http://www.feministisches-institut.de>

Arbeit

„Ich bin nicht arbeitslos.“ Aktivierung? Nein danke! ALG II-beziehende Ehefrauen mit Kinderbetreuungsverpflichtungen im Widerstand?

20.01.2010, *Kathrin Englert*

Mit der Einführung der Hartz IV-Gesetzgebung (SGB II) werden Ehefrauen als Aktivierungskundinnen entdeckt. Als solche erfahren sie eine Nicht-(mehr)-Duldung ihrer Mutterrolle im Rahmen des Ernährermodells und werden stattdessen zu einer Erwerbsaufnahme mobilisiert. Damit greift das SGB II die zentrale feministische Forderung nach einer gleichberechtigten Erwerbsintegration von Frauen auf. Doch kann dies angesichts der großen Zumutungen und strengen Verhaltensnormen, die mit dem ALG II-Bezug verbunden sind, aus einer feministischen Sicht positiv bewertet werden? Und ist dann eine Verweigerung der Erwerbsaufnahme von Seiten der Ehefrauen aus feministischer Sicht zu kritisieren oder als eine Form von Widerstand zu begrüßen?

Mit der Einführung des SGB II kommt es zu einer Abkehr vom Prinzip der Sicherung des Lebensstandards, das der Arbeitslosenhilfe zu Grunde lag. Gewährt wird nun lediglich eine Existenzsicherung. Gleichzeitig wird die Eigenverantwortung bei der Überwindung von Erwerbslosigkeit betont und eine verstärkte Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt mit entsprechend verschärften Zumutbarkeitsregelungen gefordert. Die Leistungen nach SGB II werden nicht mehr nach dem früheren Einkommen des Ernährers berechnet, sondern nach Größe und Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft. Bestand vor Einführung der Hartz IV-Gesetzgebung für Ehefrauen die Möglichkeit, sich freiwillig erwerbslos zu melden, so wird diese Freiwilligkeit nun durch eine Pflicht ersetzt: Sobald der Ehemann in den ALG II-Bezug gerät, wird die Ehefrau als Mitglied der Bedarfsgemeinschaft für die Finanzierung der Bedarfsgemeinschaft mitverantwortlich und befindet sich somit im Geltungsbereich der SGB II-Träger. Hier werden erwerbslose Ehefrauen mit der Aktivierungspolitik und dem Zwang zur Arbeit konfrontiert und sollen als Aktivierungskundinnen der Norm universeller Erwerbsbürgerschaft entsprechend vergesellschaftet werden. Dabei ist jede Arbeit zumutbar, und die Nichterfüllung von Forderungen wird sanktioniert. Von der Erwerbspflicht ausgenommen sind die Frauen nur dann, wenn sie Kinder unter drei Jahren betreuen oder pflegebedürftige Familienmitglieder versorgen.

Zu gewinnen haben die Ehefrauen durch die Entdeckung als Erwerbslose nicht viel, denn die SGB II-Träger fordern viel und fördern wenig. Qualitativ hochwertige Maßnahmen und Qualifizierungsangebote gibt es kaum. Für die Ehefrauen ist zudem von Nachteil, dass Berufsrückkehrerinnen im SGB II keine spezielle, förderungswürdige Personengruppe mehr darstellen. Auch erhalten sie kaum Unterstützung von den SGB II-Trägern bei der Organisation der Kinderbetreuung. Problematisch ist zudem, dass die Erwerbsintegration vor allem über eine Beschäftigungsaufnahme im Niedriglohnssektor erreicht werden soll (siehe Englert 2008).

Für viele Frauen wird also die Abhängigkeit vom Familienernährer ersetzt durch die Pflicht zur Vermarktung der eigenen Arbeitskraft unter prekären Bedingungen und durch ein Leben unter den rigiden Einschränkungen und Zwängen von ALG II (Winker 2007). Das Risiko Erwerbslosigkeit soll individuell und marktvermittelt bewältigt werden. Der Lebensentwurf

Ernährermodell wird arbeitsmarktpolitisch nicht mehr geduldet, beide PartnerInnen werden als Erwerbsspersonen angesprochen und damit wird der familiäre Rollentausch gefordert. Dieses sozialrechtliche Prinzip kommt in der Geschichte der bundesrepublikanischen Arbeitsverwaltung erstmalig im SGB II zur Umsetzung und markiert auf normativer Ebene ein qualitativ neues Niveau der Abkehr vom Ernährermodell. Deutlich wird aber, dass das Ernährermodell schichtspezifisch verunmöglicht und tendenziell von unten aufgekündigt wird (Knuth 2007). Zu einer Abkehr vom Ernährermodell kommt es nämlich nur, wenn das Prinzip der ehelichen Einstandspflicht über die verschärften Regelungen zur Anrechnung von Partnereinkommen nicht greift, kurz: wenn der Ehemann zu wenig verdient. Wenn der Partner über einen ausreichenden Lohn verfügt, erhalten die anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft keine ALG II-Leistungen und werden zu sogenannten Nichtleistungsbeziehenden. In diesem Fall kommt es zu einer Konservierung des Ernährermodells und zu einer Familialisierung des Risikos Erwerbslosigkeit, indem die finanziellen Folgen vom Ernährer getragen werden.

Aus einer feministischen Perspektive ist die Konservierung des Ernährermodells über die verschärfte Anrechnung von Partnereinkommen zu kritisieren. Gefordert werden muss eine Individualisierung der sozialen Sicherung, so dass familiäre Einstandspflichten und private Abhängigkeiten reduziert werden (Berghahn u.a. 2007). Aber auch die Abkehr vom Ernährermodell im SGB II erscheint aus feministischer Perspektive problematisch, weil die Verteilung und Anerkennung von Sorgearbeit sowie das Anliegen von „guter Erwerbsarbeit“ (Kurz-Scherf u.a. 2005) ausgeblendet werden. Der Aktivierungsansatz richtet sich am „männlichen“ Modell einer Vollzeitverfügbarkeit aller erwerbsfähigen Erwachsenen aus. Durch die geschlechtsneutralen Formulierungen bleiben die Rahmenbedingungen, in denen die Aktivierung stattfindet, ausgeblendet. Die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen werden nicht berücksichtigt. Dazu zählt insbesondere die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Erwerbsarbeit und familialer Sorgearbeit. Sorgearbeit erscheint in der Logik des SGB II lediglich als lebensweltliches Vermittlungshemmnis, gilt als privates Problem hinsichtlich der Beschäftigungsfähigkeit und wird nicht als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt. Desweiteren ist die Ausblendung der Segmentierung der Arbeitsmärkte zu problematisieren. Frauen haben schlechtere berufliche Positionen, werden niedriger entlohnt und sind durchschnittlich länger erwerbslos. Es ist somit fraglich, inwiefern aktivierte Frauen überhaupt einen existenzsichernden Lohn mit ihrer Erwerbstätigkeit erwirtschaften können – zumal sie aufgrund der neuen Zumutbarkeitsregelungen gezwungen sind, eine wie auch immer geartete Erwerbsarbeit anzunehmen, und ihre Arbeitsmarktposition nicht mit qualifizierenden Maßnahmen verbessert wird.

Die Forderung nach eigenständiger Existenzsicherung von Frauen wird im SGB II somit nicht mit der ursprünglich emanzipatorischen Intention einer Gleichstellung, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Individuen aufgegriffen, sondern um die nach neoliberalen Credo existierende Finanzkrise des Wohlfahrtsstaats zu beheben und so die angeblich staatlich nicht mehr finanzierbare Verantwortung für das Risiko Erwerbslosigkeit neu zu verteilen. Vor diesem Hintergrund erscheint die gleichzeitige Ablösung und Konservierung des Ernährermodells im SGB II weder als „geschlechterpolitisch konzeptionslos“ (Knapp 2004) noch als widersprüchlich. Vielmehr ermöglichen sowohl die Modernisierung als auch die Reproduktion der Geschlechterverhältnisse eine Reduzierung der öffentlichen Verantwortung für das Risiko Erwerbslosigkeit, indem es vermarktlacht oder familialisiert wird. Somit erweisen sich sowohl modernisierte als auch traditionelle Geschlechterverhältnisse als durchaus funktional hinsichtlich der Entlastung staatlicher Sicherungssysteme. Das feministische Ziel einer gleichberechtigten Erwerbsteilhabe von Männern und Frauen wird folglich durch die Hartz IV-Gesetzgebung vereinnahmt.

Somit kann das Festhalten erwerbsloser Ehefrauen am Lebensentwurf Ernährermodell unter den spezifischen historischen Bedingungen als Widerstand gelesen werden. Die Frauen verweigern sich den von der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik an sie gestellten Anforderungen: Sie werden weder zu einer „Unternehmerin ihrer Beschäftigungsfähigkeit“ (Bescherer u.a. 2008) noch zu einer „Arbeitskraftmanagerin“ (Winker/Carstensen 2007), die verschiedenste Anforderungen aus Erwerbs- und Sorgearbeit flexibel in den Tagesplan integriert. Vielmehr bestehen sie auf der mit dem Ernährermodell etablierten gesellschaftlichen Organisation von Erwerbs- und Sorgearbeit und verweigern sich somit der geforderten Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt und der angestrebten Vermarktlichung des Risikos Erwerbslosigkeit.

Es stellt sich für eine kritische Geschlechterforschung die Aufgabe, die herrschaftsförmige Vereinnahmung der feministischen Forderung nach gleichberechtigter Erwerbsteilhabe im Rahmen des SGB II weiter zu analysieren und feministische Forderungen hinsichtlich der Arbeitsmarktreform entsprechend zu reflektieren. Aus einer kritischen feministischen Perspektive müssen nicht nur partnerschaftliche Abhängigkeit, sondern auch die Abhängigkeit von marktvermittelter Erwerbsarbeit und die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, die an die Einhaltung bestimmter Verhaltensnormen gekoppelt sind, vermieden werden. Diese Ziele könnten mit einem bedingungslosen, existenzsichernden Grundeinkommen erreicht werden. Damit wäre eine sozial inklusive Staatsbürgerschaft möglich, die soziale Rechte nicht an eine Erwerbspflicht koppelt, sondern ein Recht auf Erwerbsarbeit und ein Recht auf Sorgearbeit vorsieht (Lister 2007). Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre auch angesichts der strukturell bedingten Erwerbslosigkeit eine sinnvolle Alternative zur derzeitigen Aktivierungspolitik.

Literatur

- Berghahn, Sabine; Künzel, Annegret; Rostock, Petra; Wersig, Maria; Asmus, Antje; Reinelt, Julia; Liebscher, Doris; Schneider, Julia (2007): Forschungsprojekt Ehegattenunterhalt und sozialrechtliches Subsidiaritätsprinzip als Hindernis für eine konsequente Gleichstellung von Frauen in der Existenzsicherung. Projektbericht, Berlin, <http://web.fu-berlin.de/ernaehrermodell/mediumfassung.pdf> [27.11.08].
- Bescherer, Peter; Röbenack, Silke; Schierhorn, Karen (2008): Nach Hartz IV: Erwerbsorientierungen von Arbeitslosen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 33-34/2008, 19-24.
- Englert, Kathrin (2008): Das Ernährermodell unter neoliberalem Druck: Die Entdeckung von ALG II-beziehenden Ehefrauen als Aktivierungskundinnen. (Unveröffentlichte Master Thesis, Universität Hamburg).
- Knapp, Ulla (2004): Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Diskussionsbeiträge aus dem Fachgebiet Volkswirtschaftslehre an der HWP, http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_dwp_vwl/Diskussionspapiere/Knapp/ArbMPol.pdf [27.11.08].
- Knuth, Matthias (2007): Zwischen Arbeitsmarktpolitik und Armenfürsorge. Spannungsverhältnisse und mögliche Entwicklungen der „Grundsicherung für Arbeitssuchende“. In: Rudolph, Clarissa; Niekant, Renate (Hg.): Hartz IV – Zwischenbilanz und Perspektiven. Münster, 66-91.
- Kurz-Scherf, Ingrid; Lepperhoff, Julia; Scheele, Alexandra (2005): Modernisierung jenseits von Traditionalismus und Neoliberalismus? Die aktuelle Arbeitsmarktpolitik als Ausdruck eines verkürzten Modernisierungskonzeptes. In: femina politica, Jg.14, Nr. 2/2005, 62-95.
- Lister, Ruth (2007): Inclusive citizenship: Realizing the Potential. In: Citizenship Studies, Vol. 11, No. 1, 49-61.

- Winker, Gabriele (2007): Traditionelle Geschlechterordnung unter neoliberalem Druck. Veränderte Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. In: Groß, Melanie; Winker, Gabriele (Hg.): Queer-feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse. Münster, 15-49.
- Winker, Gabriele; Carstensen, Tanja (2007): Eigenverantwortung in Beruf und Familie – vom Arbeitskraftunternehmer zur ArbeitskraftmanagerIn. In: Feministische Studien, Jg. 25, Nr. 2/2007, 277-288.

„Nach meinem Studium möchte ich Au-pair werden“: Zur Bedeutung des Au-pair Aufenthalts in der Biographie junger Russinnen

16.12.2010, *Caterina Rohde*

Au-pair Programme richten sich in Westeuropa an junge Frauen, die nach dem Ende ihrer Schulzeit einige Monate in ein anderes Land reisen wollen, um die Kultur kennenzulernen, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern oder sich eine Auszeit zu nehmen, bevor sie ein Studium oder eine Ausbildung beginnen. Blickt man aber auf Au-pairs aus Russland, ist auffällig, dass ihr Au-pair Aufenthalt oft in eine ganz andere Phase des Lebenslaufs fällt. Viele studieren oder haben ihr Studium sogar abgeschlossen und erste Berufserfahrungen gesammelt. In der Wissenschaft wird aktuell der „Au-pair Austausch“ von Ost- nach Westeuropa hauptsächlich in Hinblick auf die schlecht entlohten oder gar ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnisse im Privathaushalt diskutiert (vgl. Rerich 2006, Anderson 2006, Lutz 2008). Bisher ist wenig bekannt über die jungen Frauen, die sich entscheiden als Au-pair zu arbeiten (vgl. Hess 2009, Orthofer 2009). Dieser Artikel möchte daher einen kleinen Einblick in die Bedeutung des Au-pair Aufenthalts in den Lebensläufen junger Russinnen geben und dabei vor allem Augenmerk auf den Faktor „Geschlecht“ legen.

Daria sagt von sich, sie sei das älteste Au-pair, das je nach Deutschland gekommen ist. Sie beantragte ihr Au-pair Visum gerade noch rechtzeitig, bevor sie mit ihrem 25. Geburtstag die Altersgrenze des deutschen Au-pair Programms überschritt. Als Daria nach Deutschland kommt, bringt sie einen Studienabschluss der Germanistik, ein Aufbaustudium in Personalmanagement und eine mehrjährige Berufserfahrung als Angestellte im Amt für internationale Beziehungen mit. Mit diesem Lebenslauf stellt sie zumindest in der Untersuchungsgruppe meines Dissertationsprojektes, die aus 20 jungen Russinnen besteht, absolut keine Ausnahme dar. Wie kommt eine junge Frau mit solch einer Ausbildung dazu, sich für einen Au-pair Aufenthalt in Deutschland zu bewerben?

Als ich Daria zum Interview treffe, lebt sie bereits wieder seit 2 Jahren in Moskau und arbeitet in einem großen Unternehmen als gutverdienende Sales Managerin für das deutschsprachige Ausland. In Darias Geschichte spielt Bildung eine große Rolle. Sie erzählt, dass sie von ihren Eltern und besonders ihrer Mutter bereits als kleines Kind gefördert wurde, denn Bildung gilt in ihrer Familie als wichtiges persönliches Gut. Bildung verspricht aber auch eine gute Positionierung am neu entstehenden post-sowjetischen Arbeitsmarkt. Obwohl die Familie kein großes Einkommen hat, besucht Daria ein Internat, in dem eine spezielle Förderung der deutschen Sprache angeboten wird. Dieser Schulabschluss ermöglicht ihr die Aufnahme an einer angesehenen Moskauer Universität und den Berufseinstieg beim Amt für internationale Beziehungen. Schnell stellt sie fest, dass ihr im Berufsalltag praktische Sprachkenntnisse fürs Dolmetschen fehlen. Daria, ehrgeizig und hoch motiviert, möchte sich weiterbilden und sieht in dem Au-pair Programm die einzige leistbare Möglichkeit, die ihr noch fehlende Sprachpraxis zu erwerben.

Qualifizierung, Orientierung und Abenteuer

Osteuropäischen Au-pairs wird in der Öffentlichkeit oft die Vorstellung entgegengebracht, sie missbrauchten ihren Au-pair Aufenthalt als Zuwanderungsmöglichkeit und würden für dieses Ziel notfalls auch eine „Scheinheirat“ in Kauf nehmen. Meine Untersuchungsgruppe hingegen zeigte ganz andere Motive für die Teilnahme am Au-pair Programm. Wie Daria nutzen einige den Au-pair Aufenthalt zur sprachpraktischen Weiterqualifizierung. Dies ist vor allem für Germanistinnen wichtig, für die es bisher kaum internationale Förderprogramme gibt. Aber

auch Studentinnen anderer Fachbereiche wissen um die große Bedeutung von guten Sprachkenntnissen für ihre Berufsplanung.

Bereits zu Zeiten der Sowjetunion war der russische Arbeitsmarkt durch eine starke Konzentration von Frauen in „typisch weiblichen“ Berufssparten wie dem Lehramt, der Kommunikation, dem Gesundheits- und Dienstleistungsbereich gekennzeichnet. Auch heute im post-sowjetischen Russland hat sich daran kaum etwas geändert. Sogar die neu entstehende Privatwirtschaft ist stark geschlechtsspezifisch segregiert, so dass junge Frauen häufig als Office Managerinnen, Assistentinnen oder Dolmetscherinnen in international agierenden Unternehmen arbeiten. Meine Interviewpartnerin Anastasia formulierte auf die Frage, wie junge russische Männer ihre Sprachkenntnisse verbesserten, dass sie solche gar nicht bräuchten, denn sie hätten ja eine Assistentin, die übersetzen kann.

Der Au-pair Austausch ist somit zweiseitig durch die Geschlechtszugehörigkeit als Strukturfaktor gerahmt. Junge Russinnen haben einen größeren Bedarf als gleichaltrige Männer Sprachkenntnisse zu erwerben, um sich für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Aber erst die ihnen zugeschriebenen spezifisch „weiblichen“ Kompetenzen der Haushaltsführung und Kinderbetreuung ermöglichen es, ihre Sprachkenntnisse als Au-pair im Ausland zu verbessern. Der Au-pair Aufenthalt zeigt sich in diesem Hinblick als „weibliche“ Qualifizierungsstrategie für eine wiederum „weibliche“ Beschäftigung auf dem russischen Arbeitsmarkt.

Es wäre allerdings zu stark vereinfachend, von der sprachlichen Qualifizierung als einziges oder hauptsächliches Motiv meiner Untersuchungsgruppe zu sprechen. So erklärten viele meiner Interviewpartnerinnen, dass sie durch den Au-pair Aufenthalt ein Visum für den „Schengener Raum“ erhielten und so wesentlich einfacher durch Europa reisen könnten als von Russland aus. Mal in einem anderen Land gelebt zu haben, bevor sie endgültig in das Erwerbsleben einsteigen, ist für sie von hoher Bedeutung. Hinzu kommt, dass viele Russinnen während ihres Studiums aufgrund des teuren Wohnraums noch bei ihren Eltern wohnen. Erst durch den Au-pair Aufenthalt haben sie eine Möglichkeit, eigene Erfahrungen zu machen und Orientierungen für ihren weiteren Lebensweg auszubilden. In vieler Hinsicht ähnelt die russische Nutzung des Au-pair Programms dem europäischen Studentenaustausch „Erasmus“ und es kann angenommen werden, dass mit zunehmender Förderung der internationalen Mobilität von russischen StudentInnen deren Interesse am Au-pair Austausch zurückgehen wird.

Was kommt nach dem Au-pair?

Da der Au-pair Aufenthalt auf max. 12 Monate begrenzt ist, befassen sich die meisten Au-pairs schon frühzeitig damit, wie ihr Leben weitergehen soll. Einige entscheiden sich dafür, ihre Zeit in Deutschland um ein weiteres Jahr durch die Teilnahme am so genannten „Freiwilligen Sozialen Jahr“ zu verlängern. Andere immatrikulieren sich an einer deutschen Universität. Nur wenige heiraten, um in Deutschland bleiben zu können, und eine arrangierte Heirat scheint in der Realität überhaupt nicht vorzukommen.

Daria begann während ihres Aufenthaltes in Deutschland eine Beziehung zu einem deutschen Mann. Zum Ende ihres Freiwilligen Sozialen Jahres bat er sie, in Deutschland zu bleiben. Daria informierte sich und fand heraus, dass sie hier vermutlich ein weiteres Studium beginnen müsste, da ihre russischen Qualifikationen entweder nicht anerkannt würden oder zumindest nicht auf dem deutschen Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig seien. Sie entschied, dass ihre Liebe zu ihrem damaligen Partner nicht ausreichte, um einerseits auf Dauer so weit weg von ihrer Familie und ihren russischen FreundInnen zu leben und andererseits ein weiteres Studium auf sich zu nehmen. Ähnlich wie bei Daria sind es auch für Anna und Viktoria die engen

Bindungen an ihre Eltern und der Wunsch „in ihrem Heimatland zu leben“, die es für sie unvorstellbar machen, in Deutschland zu bleiben.

Ein Leben „zwischen“ Russland und Deutschland

Es gibt aber auch eine Gruppe junger Russinnen, die nach dem Au-pair Aufenthalt vorerst nicht nach Russland zurückkehren will. So verliebte sich Elena in einen Deutschen russischer Herkunft und blieb wegen ihm. Wie auch Nina und Marina promoviert Elena heute an einer deutschen Universität – nur wenige Jahre nach dem Au-pair Aufenthalt. Die drei jungen Frauen leben alle in festen Partnerschaften und planen ihre Zukunft in Deutschland, halten aber auch beständigen Kontakt zu ihren in Russland lebenden Familien und FreundInnen.

Viele ehemalige Au-pairs wirken bei ihrer Berufsplanung besonders ehrgeizig und engagiert. In Erzählungen über die Familie wird deutlich, dass sie wie Daria schon in der Kindheit von ihren Eltern gefördert wurden, die aufgrund der eigenen Erfahrungen in der russischen Transformation ihren Kindern „ein besseres Leben“ wünschen und die Immigration ihrer Kinder in Deutschland als Lebenschance akzeptieren. Für die jungen Frauen ist Immigration aber meist erst dann ein Thema, wenn sie enge Beziehungen zu in Deutschland lebenden Personen entwickeln. Nur in wenigen Fällen werden Lebenschancen in der russischen Herkunftsstadt als so negativ bewertet, dass ehemalige Au-pairs auch ohne soziale Einbettung ein Leben in Deutschland vorziehen.

So hat Olga – aus einer russischen Provinzstadt mit hoher Arbeitslosigkeit und einer sehr geringen Lebensqualität stammend – mit der Unterstützung ihrer Mutter alles daran gesetzt, ein Studium in Deutschland beginnen zu können. Sie hofften beide, ein deutscher Studienabschluss würde Olga bei ihrer Rückkehr nach Russland zu einem sicheren Job verhelfen. Olga, die stark unter der räumlichen Trennung von ihrer Mutter leidet und sich einsam fühlt, hält daran fest, ihr Studium in Deutschland zu beenden. Sie sagt „mit meinem Kopf, da weiß ich doch, dass da [Russland] wird es nicht besser, aber mit meinem Herzen möchte ich doch nach Hause.“ Nachdem sie nun seit 5 Jahren in Deutschland lebt, hat sich der russische Arbeitsmarkt so stark verändert, dass heute im Ausland erworbene Qualifikationen zunehmend an Wert verlieren. Olga erklärt mir, dass sie sich langsam damit abfände, nicht mehr dauerhaft nach Russland zurückkehren zu können, denn ihr deutscher Studienabschluss würde vermutlich am ehesten auf dem deutschen Arbeitsmarkt einsetzbar sein. Müsse sie nun aber in Deutschland bleiben, so werde sie alles tun, um ihre Mutter nachholen zu können.

Olgas Fall zeigt, dass internationale Mobilität junger Erwachsener Lebenschancen eröffnen kann, aber auch neue Zwänge mit sich bringt.

Literatur

- Anderson, Bridget (2006): *Doing the Dirty Work? Migrantinnen in der bezahlten Hausarbeit in Europa*. Assoziation A: Berlin, Hamburg.
- Hess, Sabine (2009): *Globalisierte Hausarbeit. Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa*. 2.Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Lutz, Helma (2008): *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*. 2. überarbeitete Auflage. Verlag Barbara Budrich: Opladen, Farmington Hills.
- Orthofer, Maria (2009): *Au-pair. Von der Kulturträgerin zum Dienstmädchen. Die moderne Kleinfamilie als Bildungsbörse und Arbeitsplatz*. Böhlau Verlag: Wien, Köln, Weimar.
- Rerrich, Maria S. (2006): *Die ganze Welt zu Hause. Cosmophile Putzfrauen in privaten Haushalten*. Hamburger Edition: Hamburg.

Feministische Theorien

Geschlechtertheoretische Diskurse in den USA. Eine subjektive Situierung

11.05.2010, *Stefan Paulus*

Zurzeit bin ich Gastwissenschaftler an der Universität Berkeley, USA, Department Gender and Women Studies. Dieser Artikel erhebt keinen Anspruch darauf, die US-amerikanischen Debatten im Ganzen darzustellen. Er soll vielmehr einen subjektiven Überblick geben. Um dieses Vorhaben zu realisieren führte ich Gespräche, E-Mail- und Videointerviews mit Feministinnen über geschlechtertheoretische Diskurse.(1) In den Interviews stellte ich folgende Fragen: Welche geschlechterrelevanten Debatten sind in den USA virulent? Wie wird die Kategorie "Klasse" im Zusammenhang mit der Kategorie "Geschlecht" besprochen? Wie artikuliert sich die Theorie der Intersektionalität im alltäglichen Leben im Zusammenhang von Klasse, „Rasse“ und Geschlecht?

Die Debatte über die Repräsentation von Geschlechterrollen scheint besonders wichtig zu sein. Feministische Aktivistinnen treten hier für gesetzliche Frauenrechte, wie das Recht auf die körperliche Integrität und Autonomie sowie Abtreibungs- und Fortpflanzungsrechte ein. Laut Nancy Tripathi gibt es ein Defizit im Dialog zwischen der holistischen Natur der weiblichen Sexualität und dem in den USA vorherrschenden hypersexualisierten, moralisierten und patriarchalen Modell einer Gesellschaft. Dementsprechend existieren kontroverse Diskurse in Bezug auf Schönheitsideale, Körperbilder und Repräsentationen von Frauen sowie Abtreibungsdiskurse oder Richtungsstreits über die sexuelle Aufklärung von Jugendlichen. Ganz zu schweigen von den Materialisierungen von Fett- und Altersphobien, welche letztlich Brennstoff für den kapitalistischen Selbstwertungsmechanismus liefern, so Nancy Tripathi.

Ein weiteres wichtiges Diskursfragment sind die inhaltlichen Überschneidungen und Verbindungen der amerikanisch-feministischen Bewegung mit LGBT-Rechten. BNOW (Berkeley National Organization for Woman) unterstützt mit Kampagnen, wie "I Heart Consensual Sex", die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und zeigt mit Kampagnen wie „Wir nehmen uns die Nacht zurück“ Solidarität mit Opfern von sexueller und häuslicher Gewalt.

Diskurse über die Geographie von Rasse und Geschlecht sind, im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum, durchaus verbreitete Themen. In diesem Zusammenhang werden Forschungsfragen nach der historischen und kulturellen Geographie von „Rasse“ und Geschlecht in den USA und in Bezug auf andere Teile der Welt gestellt. Aber auch allgemeine Fragen zu den Alltagspraktiken insbesondere in räumlichen Kontexten oder der Untersuchungen von Architektur, können das Verständnis von Geschlechterbeziehungen verdeutlichen und dazu beitragen die soziale und strukturelle Ungleichheit und Rassendiskriminierung in einer globalisierten Welt zu verstehen.

Der Diskurs um den Zusammenhang bzw. die Intersektion von Klasse, „Rasse“ und Geschlecht wird in den Debatten wesentlich kontroverser ausgetragen, als ich vermutet hatte. Vor allem ein deutliches Gefälle zwischen materialistischen und poststrukturalistischen Ansätzen ist hier festzustellen. Der marxistische Ansatz von Amiko teilt die Gesellschaft in zwei Klassen (Proletariat/Bürgertum) ein. Diese Analyse bezieht sich darauf, dass der amerikanische Kapitalismus auf der Sklaverei und der Festsetzung von Frauen in der „Kernfamilie“ aufgebaut ist, sowie durch moralische Gesetze und Regulierungen (Gesetze bezüglich Mündigkeit, sexueller Orientierung, Abtreibung usw.) konzipiert wird. Folgerichtig müsste diese marxistische Ansicht zu dem Schluss kommen, dass der Kapitalismus durch die Reproduktion

seiner Produktionsbedingungen aufrecht erhalten wird. Amikos Perspektive beschreibt aber die Existenz von sozialen Problemen, einschließlich ungleicher Geschlechterverhältnisse, als ein „notwendiges Nebenprodukt des Kapitalismus“. Mit dieser Haupt- und Nebenwiderstandsargumentation ist der Kampf um die Emanzipation der Menschheit und die Errichtung einer egalitären Gesellschaft meines Erachtens nicht zu erreichen. Bei den anderen Interviews wird die Klassenfrage nur implizit bzw. als „Add on“ behandelt. Das Addieren von Klassenverhältnissen ohne explizite Bestimmung der Verwobenheit von Klasse, „Rasse“ und Geschlecht habe ich auch bei verschiedenen anderen geschlechtertheoretischen Vorlesungen und Vorträgen festgestellt. Das fehlende Verständnis materialistischer Ansätze und das Fehlen einer fundierten geschlechtertheoretischen und diskursübergreifenden Ökonomiekritik scheint also nicht nur ein „deutsches“ Problem zu sein.

Für Lorin K. Jackson ist der Ansatz der Intersektionalität mehr als eine Theorie. Für sie als Schwarze|Queere|Frau mit einem „lower class“ Hintergrund sind diese Intersektionen ständig präsent und stellen große Hindernisse bzw. Unterdrückungsmechanismen im Alltag, besonders im Umgang mit Institutionen, dar. Lorin empfindet häufig das Bedürfnis, sich von den anscheinend unüberwindlichen und gegen sie errichteten Hindernissen (seemingly insurmountable obstacles) zu trennen, wenn sie zum Beispiel bei ihrer Arbeit als Lehrerin aufgrund ihrer Selbstverhältnisse getriggert wird. Für Lorin bedeutet die Erfahrung, dass sie keine Kontrolle über die Diskriminierungslabels Schwarz|Queer|Frau|low class besitzt und dass sie diesen Diskriminierungslabels nur mit Stolz begegnen kann: „You cannot survive if you ascribe to lies that seek to maintain power structures or hierarchies of oppression“. Die Theorie der Intersektionalität dient folglich auch dazu, Definitionsmacht zu schaffen und Unterdrückungsmechanismen zu erkennen. Für Lorin bedeutet das auch, anderen Leuten, die an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchien leben, nicht zu erlauben, die Aspekte ihrer Persönlichkeit zu definieren.

Auch für Emma Shaw Crane ist die Theorie der Intersektionalität eine ganz alltäglicher Praxis. Emma hat die Theorie der Intersektionalität geholfen, die „gegenderte“ Gewalt und die Klassenprivilegien zu verstehen, die sie als junge Mittelstandsuniversitätsstudentin an einer Eliteuniversität erfahren hat. Die Theorie der Intersektionalität hat ihr auch geholfen, die Beschimpfung „girly men“ zu verstehen, die zwei amerikanisch-asiatische Brüder, auf dem selben Spielplatz auf dem Emma schikaniert worden ist, über sich ergehen lassen mussten. Diese Erfahrungen der strukturellen und alltäglichen Gewalt gegen Arme oder „People of Colour“ brachte sie dazu, die Widersprüche und Möglichkeiten ihres eigenen Geschlechtes, Klassenhintergrunds, ihrer „mixed racial history“ und nonkonformistischer Sexualität zu reflektieren. Wenn auch die Wege, so schreibt Emma, wie wir diese Gewalt erfahren, verschieden sind, ermöglicht uns die Theorie der Intersektionalität rassistische Kolonialpropaganda mit diskriminierenden Konstruktionen von Geschlecht zu sehen. Für Emma trägt diese Beobachtung dazu bei, Unterdrückungsmechanismen gemeinsam zu analysieren und gemeinsam Widerstand zu leisten.

Ihr Lieblingsdichter June Jordan schreibt: “It is against such sorrow, and against such suicide, and it is against such deliberated strangulation of the possible lives of women, of my sisters, and of powerless peoples – men and children – everywhere, that I work and live, now, as a feminist...” Diese Sichtweise hat auch Gayatri Chakravorty Spivak in ihrem Gastvortrag zu “Situating Feminism“ an der UC Berkeley betont.(2) Es geht darum, dass Feminismus nicht ausschließlich für Frauen gemacht wird, sondern dass Feminismus auch für Männer gemacht werden muss.

Diese kleine subjektive Darstellung und keinesfalls repräsentative Darstellung US-amerikanischer Debatten zeigt ansatzweise, wie die geschlechtertheoretischen Ansätze im US-amerikanischen Alltag präsent sind. Im abschließenden Videointerview mit Aina Aasland werden die geschlechtertheoretischen Diskurse, welche an der Universität Berkeley gelehrt werden, reflektiert.

Fußnoten

(1) Hierfür danke ich ganz herzlich:

Emma Shaw Crane (24), Mitglied des “June Jordan’s Poetry for the People” des African American Studies Department der UC Berkeley. Emma arbeitet für ein Gefängnisradio, welches politischen Gefangenen eine Stimme nach draußen gibt.

Nancy Tripathi, (23), Mitglied des BNOW – (Berkeley National Organization for Woman), siehe www.now.berkeley.edu

Amiko, Mitglied der International Communist League

Lorin K. Jackson (24), African American woman, queer sexuality orientation (Selbstbeschreibung)

Aina Aasland (22), Austauschstudentin der Soziologie aus Norwegen, welche sich freundlicherweise bereiterklärt hat das unten Angeführte Videointerview zu machen.

(2) Gayatri Chakravorty Spivak on Situating Feminism, online verfügbar: http://webcast.berkeley.edu/event_details.php?seriesid=d0133b8e-1de2-4adc-8072-6dac5ffe016e&p=1&ipp=15&category=

Interventionen

Die Tomate weiter werfen... Feministische Gesellschaftskritik jenseits von Alpha-Mädchen und F-Klasse

08.03.2010, *Feministischer Arbeitskreis ‚Schöner leben‘*

Feminismus soll gerade für junge Frauen wieder attraktiv gemacht werden. Cool und lässig soll Feminismus sein und das Leben für Frauen schöner machen, so das Credo vieler Bücher. Ist damit Feminismus schon so salonfähig, dass man/Frau darüber gar nicht mehr in gesellschaftskritischer Form sprechen müsste? Dass sich dieser „neue Feminismus“ nicht auf alle Frauen bezieht und sich oftmals nicht als feministische Kritik an der gesamten Gesellschaft versteht, ist scharf zu kritisieren. Deshalb plädiert der „Feministische Arbeitskreis ‚Schöner Leben““ aus Münster für eine lokale feministisch gesellschaftskritische Bewusstseinsbildung. Leerstellen wie Rassismus, soziale Spaltungen und ökonomische Ausbeutung, die insbesondere Frauen treffen, zeigen, dass es notwendig ist feministische Widerstandspraxen innerhalb breiter sozialer Bewegungen zu etablieren!

Debatten um Familienpolitik, Kinderbetreuung, Elterngeld und Väterzeit ebenso wie der seit einiger Zeit in den Medien kursierende sogenannte „neue Feminismus“ scheinen auf den ersten Blick Diskussionen um Geschlechtergerechtigkeit wieder auf die politische Tagesordnung gebracht zu haben. So scheint der Feminismus in staatlichen Institutionen und in der bürgerlichen Mitte angekommen zu sein. Haben sich emanzipatorische Forderungen damit also erledigt?

Hervorgeholt aus der vermeintlichen Mottenkiste und befreit vom Mief der 70er Jahre soll Feminismus gerade für junge Frauen wieder attraktiv gemacht werden. Feminismus kann cool und lässig sein und soll das Leben schöner machen, so Meredith Haaf, Susanne Klinger und Barbara Streidl in ihrem Buch „Wir Alpha-Mädchen“. Thea Dorn propagiert in Abgrenzung vom Feminismus der 70er Jahre die neue F-Klasse, erfolgreiche Individualistinnen, die es geschafft haben, „ihre Projekte trotz Anfechtungen durchzusetzen und dennoch keine schmallippigen Karrieremaschinen geworden sind.“ Ebenso verabschieden sich die „neuen deutschen Mädchen“ Jana Hensel und Elisabeth Raether von einem Populär-Feminismus à la Alice Schwarzer und konzentrieren sich stattdessen in autobiografischer Weise auf das, was ihrer Auffassung nach der Feminismus außen vor gelassen hat: die Probleme, Wünsche und Sehnsüchte des privaten Lebens von Frauen.

So ist auf den ersten Blick zu meinen, dass im Namen des sogenannten „neuen Feminismus“ in Form von Literatur wie Wir Alpha-Mädchen oder die Neue F-Klasse, aber auch der Familienpolitik der großen Koalition doch eigentlich Feminismus schon zum Mainstream und so salonfähig geworden ist, dass man/Frau darüber doch gar nicht mehr in gesellschaftskritischer Form sprechen müsste.

Zu fragen ist aber, ob sich dieser sogenannte „neue Feminismus“ auf **alle** Frauen bezieht und inwiefern sich dieser tatsächlich als feministische Kritik an der gesamten Gesellschaft versteht?

Feministische Leerstellen

Bei genauerem Hinsehen fällt nämlich auf, dass diese Art Post-Feminismus nichts gemeinsam hat mit einem gesellschaftskritischen Feminismus der sogenannten zweiten Frauenbewegung, die im Kontext der StudentInnenbewegung 1968 entstand. Ein Tomatenwurf während der Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes war 1968 einer der Startschüsse für diese zweite deutsche Frauenbewegung. Damals kritisierten die Studentinnen, der SDS ignoriere die Diskriminierung von Frauen. Als Teil sozialer Bewegungen und Kämpfe formulierte sie eine fundamentale Kritik an bestehenden kapitalistischen Verhältnissen. Die Perspektive der Generation der Alpha-Feministinnen ist jedoch eine andere. Ihnen geht es vor allem um sich selbst: Um mittelständische, intellektuelle Frauen auf der Karriereleiter steil nach oben. Ihr „feministischer“ Anspruch ist begrenzt auf individuelle Selbstverwirklichung und beruflichen Erfolg.

Die Lebenssituation von Migrantinnen, Hartz IV-Empfängerinnen, Alleinerziehenden, um nur einige zu nennen, kommen hingegen nicht vor, geschweige denn, dass ein Blick über den eigenen bundesrepublikanischen Tellerrand hinaus gemacht wird. So scheint es der neuen feministischen Avantgarde noch nicht aufgefallen zu sein, dass globale (patriarchale) Unrechtsstrukturen besonders auch Frauen betreffen und unter den Frauen selbst große Ungleichheitsverhältnisse existieren.

Mag der Anspruch dieses sogenannten „neuen Feminismus“ das Lebensgefühl einer bestimmten Gruppe von Frauen aufgreifen, angesichts der aktuellen sozialen und politischen Entwicklungen greift er jedenfalls viel zu kurz. Leerstellen wie Rassismus, soziale Spaltungen, ökonomische Ausbeutung, Elitenförderung und Klassenverhältnisse zeigen, dass es sich im Gegenteil lohnt die „Tomate weiterzuwerfen...“

Lokale feministische Bewusstseinsbildung

Um eine feministische gesellschaftskritische Diskussion gerade unter Einbeziehung dieser Leerstellen anzustoßen, konstituierte sich unter dem Namen „Feministischer Arbeitskreis ‚Schöner leben‘“ Ende 2007 eine Gruppe von sechs Frauen im Umfeld des Institut für Theologie und Politik und der attac-Regionalgruppe in Münster. Im Gegensatz zum entsolidarisierten Bücherfeminismus bestand das Hauptanliegen der Gruppe darin, sich an lokaler feministischer Bewusstseinsbildung zu beteiligen.

Zum einen sollte die Frage danach gestellt werden, wie sich Formen feministischer Politik verändert haben? Wo gibt es heute Protest und Widerstand gegen Frauendiskriminierung und Geschlechterhierarchie, ohne die kapitalistische Gesellschaft nicht funktionieren würde? Wie kann es gelingen, gleichzeitig die Geschlechterrollen und ganz grundsätzlich die Einteilung in zwei Geschlechter selbst als hierarchisch und überholt zu entlarven und zu bekämpfen? Wie können wir Ansätze grundsätzlicher feministischer Kritik sichtbarer machen, miteinander ins Gespräch bringen und öffentliche Debatten anstoßen?

Darüber hinaus ging es darum, die derzeit zum größten Teil fragmentierten lokalen feministischen Gruppen und Institutionen (z.B. die autonomen Frauenhäuser oder Frauenrechtsgruppen oder autonome Gruppen, die z.B. Ladyfeste organisieren, feministische Politik und Diskussionen an den Hochschulen oder in linken Gruppen organisieren) nicht nur sichtbar werden zu lassen, sondern Möglichkeiten stärkerer Vernetzung zu erschließen.

Einige Monate traf sich die Gruppe, um sich über aktuelle Debatten und Publikationen im Bereich ‚Feminismus‘ zu informieren. So diskutierten wir die oben genannten Bücher und die Debatten um den daran anschließenden ‚neuen Feminismus‘ in den Medien. Auf der anderen

Seite diskutierten wir aber auch Publikationen z.B. des Feministischen Institut Hamburg (G. Winker, Melanie Groß: „Queer-/feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse“, Münster 2007) oder von Frigga Haug (Die Vier-in-Einem-Perspektive, Hamburg 2008). Daraus entstand die Idee, eine Veranstaltungsreihe zum Thema „neuer Feminismus“ und möglicher Kritik daran zu initiieren. Klingt diese Vorstellung auch akademisch, ging es uns um sehr reale Alltagssituationen, die politisch eingeschätzt werden und in politische feministische Praxis umgesetzt sein wollen. Um die Fragestellungen in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, haben wir im Frühjahr 2009 eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Die Tomate weiterwerfen...Feministische Gesellschaftskritik jenseits von Alpha-Mädchen und F-Klasse“ dazu durchgeführt.

„Die Tomate weiter werfen“ – Die Veranstaltungsreihe

Mit dem Film „Bread and Roses“ von Ken Loach wurde die dreiteilige Veranstaltungsreihe eröffnet. Der im Jahr 2000 entstandene Film zeigt das Schicksal der illegalisierten mexikanischen Migrantin Maya, die in Los Angeles in einer Putzkolonne arbeitet und sich nach und nach politisiert und gewerkschaftlich organisiert, gleichzeitig aber dadurch auch in massiven Konflikt mit ihrer Schwester gerät. Der Film basiert auf den Erfahrungen der Gewerkschaftskampagne „Justice for Janitors“ in den USA und zeigt deutlich die Verquickung von sexistischer, rassistischer und sozialer Diskriminierung auf. Dies war uns ein besonderes Anliegen angesichts des neuen „Eliten-Feminismus“. Außerdem machte er die internationale Dimension des Themas deutlich.

Auf die Entstehung und Entwicklung der Frauenbewegung in Deutschland seit 1968 konzentrierte sich die Politologin Stefanie Ehmsen (Berlin) mit ihrem Vortrag unter dem Titel „Ausverkauf des Feminismus? Von der Revolutionärin 1968 zur Gleichstellungsbeauftragten“. Im Anschluss daran entstand eine rege Diskussion unter den Teilnehmenden und mit der Referentin über Chancen und Grenzen von aktueller Gleichstellungspolitik, über Geschlechterverhältnisse und – rechtmäßig oder unrechtmäßig – verloren gegangene Ansprüche von Gesellschaftskritik aus feministischer Perspektive. Ganz grundsätzlich wurde über die Definition von „Feminismus“ oder „Frauenbewegung“ und ihre Aktualität diskutiert. Dabei wurden sehr kontroverse Positionen deutlich, die aber gut nebeneinander stehen gelassen werden konnten. Trotzdem konnte insgesamt unter den Beteiligten Konsens darüber festgestellt werden, dass es notwendig ist, Diskriminierung und immer noch verfestigte Rollenbilder sowohl öffentlich als auch innerhalb von Beziehungen zu thematisieren.

Vor welche Herausforderungen feministische Gesellschaftskritik in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise gestellt ist, analysierte die Soziologin Gabriele Winker (Hamburg). Ihr Vortrag nahm die Wirtschaftskrise als Ausgangspunkt, um den Ansatz der Intersektionalität, der von Gabriele Winker und ihren Kolleginnen zurzeit entwickelt wird, vorzustellen. Dieser berücksichtigt vier Kategorien – Geschlecht, Körper, ‚Rasse‘ und Klasse, um Unterdrückung und Herrschaft auf drei Ebenen, nämlich Struktur, Repräsentation und Identität, zu beschreiben. An der TU Hamburg, an der die Referentin lehrt, wird dieses Modell anhand einer Studie zu Erwerbslosigkeit von einem Forscherinnenteam zur Zeit getestet.

Die anschließende Diskussion drehte sich viel um die Verbindung des theoretischen Anspruchs des Modells ‚Intersektionalität‘ mit konkreten politischen Notwendigkeiten, z.B. der Organisation von feministischen Anliegen in Gruppen, Bündnisbildung und politischer Wirksamkeit. Angesichts der dominanten Interpretationen der Wirtschaftskrise und entsprechend konservativen Handlungsstrategien scheint zurzeit wenig Spielraum für emanzipatorische Gesellschaftsveränderung zu existieren. Die Frage, wie konkret ein Aufbrechen dieser

Dominanzen zurzeit möglich ist, musste offen bleiben. Die Betrachtungsweise des intersektionalen Ansatzes, unterschiedliche Herrschaftsformen zusammen zu denken und doch als eigenständige zu verstehen, wurde jedoch von der Mehrheit als sehr nützlich für Perspektiven von Veränderung und neuen Strategien angesehen.

Perspektiven und Potenziale feministischer Widerstandspraxen vor Ort

Von mehreren Seiten bekamen wir Anerkennung dafür, das Thema aufgegriffen und in Münster öffentlich diskutierbar gemacht zu haben, da es kaum kritische Veranstaltungen dazu gibt. Durch die Suche nach Mitveranstaltenden ergaben oder vertieften sich Kontakte und es besteht das Interesse, weitere Veranstaltungen gemeinsam zu organisieren. Leider sind wir in Münster weit davon entfernt, (wieder!?) ein handlungsfähiges feministisch-politisches Bündnis auf die Beine zu stellen – die letzte spektrenübergreifende Vorbereitung des Internationalen Frauentags mit aussagekräftigen Protest-Aktionen fand 2005 statt. Von daher muss es im Moment bei solchen kleinen Projekten und Anstößen bleiben. Dennoch können die verschiedenen feministischen Widerstandspraxen innerhalb breiter sozialer Bewegungen dazu beitragen, dass eine andere Welt denkbar wird, in der ein menschenwürdiges Leben für alle selbstverständlich ist. So wollen wir weiterhin Ansätze feministischer Gesellschaftskritik sichtbar machen, Impulse und Ideen anzustoßen und nach Handlungsmöglichkeiten feministischen Widerstands für eine gerechtere und solidarischere Welt zu suchen.

Missy. Popkultur von und für Frauen

21.07.2010, *Stefanie Lohaus*

Das Missy Magazine ist ein Popkulturmagazin für Frauen. Es möchte informieren und gleichzeitig unterhalten. Dabei zeichnet es sich durch eine dezidiert feministische Haltung aus. Anders als Publikationen wie die Emma oder die an.schläge aus Österreich berichtet das Missy Magazine nicht nur über Feminismus. Es betreibt auch keine feministische Theoriebildung wie es in akademischen Publikationen üblich ist. Stattdessen betreibt Missy „angewandten Feminismus“. Das bedeutet: Die Herausgeberinnen versuchen im Rahmen eines Frauen- und Popmagazines, eine feministische Haltung im Umgang mit Themen, Bildern und Sprache zu zeigen. Im Spektrum Zeitschriften sieht Missy sich zwischen Musik/Popkulturzeitschriften, klassischem Frauenmagazin und feministischen Zeitschriften ein. Salopp gesagt: zwischen Intro, Maxi und Emma.



Gegründet wurde das Missy Magazine Anfang 2008, als wir, das heißt Stefanie Lohaus, Chris Köver und Sonja Eismann uns entschlossen, den deutschsprachigen Zeitschriftenmarkt um ein Heft zu erweitern, das gleichzeitig feministisch sein und junge Frauen ansprechen sollte, um sie eben nicht, wie sonst auf dem Frauenzeitschriftenmarkt üblich, auf Schmink-, Diät- und Modetipps zu reduzieren. Nach einer halbjährigen Planungsphase erschien die erste Ausgabe im Oktober 2008. Sie wurde mit den Geldern eines Kulturwettbewerbes finanziert. Gut anderthalb Jahre später steht Missy auf eigenen Beinen und erscheint regelmäßig: Vierteljährlich im Eigenverlag und mit einer Druckauflage von ca. 20.000 Exemplaren.

Die Finanzierung erfolgt aus einem Mix von Verkaufs- und Aboeinnahmen, sowie Anzeigen. Während Missy als Hochglanzmagazin erscheint, versteht sich das Magazin nach innen als Grassroots-Projekt. Die Redaktion und der Verlag werden in Eigenregie organisiert. Der Grund: Anders als ein Fanzine, das auch nach außen kostengünstig kopiert und in kleinem Maßstab produziert wird, will Missy zugänglich sein für LeserInnen, die nicht nur in feministischen Szenen zu Hause sind.

Das Herausgeberinnen- und Redaktionsteam besteht aus den drei Gründerinnen. Ebenfalls im Team ist Margarita Tsomou, die auch Herausgeberin und Missy-Autorin ist und die Anzeigen- und Marketingabteilung leitet. Sie ist ebenfalls seit 2008 dabei. Die Art Direktion des Missy Magazines besteht aus zwei Frauen: Seit Mai 2010 sind das Daniela Burger und Hedi Lusser. Zusätzlich gibt es einen großen Stamm freie AutorInnen, IllustratorInnen und FotografInnen. Der innere Kreis besteht zwar nur aus Frauen, im erweiterten Team sind aber auch Männer zu finden. Bei der Vergabe vor allem der großen Themen schauen wir allerdings immer, ob wir zuerst eine Frau finden, die sich im Thema auskennt und erst im zweiten Schritt, ob es auch ein Mann machen kann. Mit dieser Vergabepaxis möchten wir einen Gegenpol zu den bekannten „Old Boys Netzwerken“ schaffen, denn auch der Journalismus, insbesondere der Musikjournalismus ist nach wie vor stark männlich geprägt.

Die Inhalte: Kultur, Musik, Politik, DIY, Mode und Sex

Kultur spielt eine große Rolle in Missy: Vor allem Popkultur wie Musik, Film, TV, Fotografie, aber auch Kunst und Theater. Der Grund: Wir alle haben zuvor im Kulturbereich gearbeitet und dort den Eindruck gewonnen, dass über Frauen nicht genügend berichtet wird. In den Popcharts sind zwar immer mehr Sängerinnen vertreten, doch der Eindruck täuscht. Im Popbereich ist der Frauenanteil nach wie vor sehr niedrig, wie zum Beispiel eine Studie des Frauenmusikzentrums aus dem Jahr 2002 (<http://archiv.hamburger-illustrierte.de>) zeigt. Die vorgestellten MusikerInnen müssen in erster Linie künstlerisch überzeugen – besonders begrüßen wir es wenn sie sich außerdem mit Feminismus und Geschlechterrollen auseinandersetzen.



Bei der Berichterstattung gelten in Missy Genderbewusstsein und Sexismusfreiheit. Anders als in vielen Mainstream-Medien ist in Missy das Aussehen der Künstlerin kein ausuferndes Thema: Sätze wie „die elfengleiche Sängerin mit den Rehaugen“ oder ein Erstaunen darüber, dass eine Musikerin ihr Instrument oder gar ein Mischpult beherrscht, kommen bei uns nicht vor. Im Sinne einer feministischen Wissenspolitik benutzen wir keinen insiderhaften Jargon und kein Namedropping. Bei der optischen Inszenierung freuen wir uns über Frauenbilder, die etwas derangiert sind, d.h. mit gängigen weiblichen Rollenkonventionen brechen oder sich über diese lustig machen. Die Frauen im Heft werden nicht digital aufgehübscht oder auf eine Weise nachbearbeitet, die unrealistisch ist. Und generell machen wir nichts, was die KünstlerInnen nicht wollen. Wir setzen uns kritisch mit Geschlechternormen und Produktionsbedingungen der Popindustrie auseinander, z.B. in Beiträgen wie „Frauen im Metal“ oder „Altern im Pop“ oder aber in unserem Dossier aus dem letzten Heft: Feminismus und TV, in dem wir schauen, ob, wo und wie im Fernsehen spannende feministische Rollen zu finden sind, und was Frauen auf und hinter dem Bildschirm über die Frauenrollen denken.

Politik

In Missy werden Reportagen und Nachrichten zu aktuellen frauenpolitischen Themen gedruckt, und wir setzen uns auf verschiedene Weisen mit Politik und historischen Figuren auseinander. Der Politikteil in Missy muss nicht immer „Pop“ sein, bewegt sich aber häufig dort, wo Pop politisch wird. Zum Beispiel wenn historische FeministInnen zu Sammelkarten werden, oder im Finanzkrisen-Dossier eine kritisch-feministische Perspektive über die entkleidete entlassene Businessfrauen im Playboy“ zu lesen ist. Wir beschäftigen uns mit aktuellen gender- und frauenpolitischen Themen, beobachten die momentane Gesetzeslage z.B. das Abtreibungsrecht oder Rechte für Homosexuelle oder Transgender. Dabei geht es immer darum, Probleme als strukturelle Probleme zu begreifen. Wir sehen das größte Problem der gesellschaftlichen Ungleichberechtigung in den gesellschaftlichen Strukturen und Ansichten, die es nach wie vor zu bekämpfen gilt. In Rubriken wie „Vor uns“ bei der wir großartige Frauen, die in der Geschichtsschreibung zu kurz gekommen vorstellen, betreiben wir alternative Geschichtsschreibung, stellen Bezug zu feministischen Traditionen her und arbeiten so auch gegen die Diffamierung des Feminismus vor unserer Zeit.

Selbstermächtigung durch selbst machen

Der Teil „Mach es selbst“ umfasst Rubriken wie „1,2,3“ (Expertinnen erklären) und die „Mach es selbst – Bastelanleitungen“. Dabei haben wir sowohl klassisch „weiblich“ konnotierte Tätigkeiten (Stricken, Handarbeit, Kochen) im Programm, als auch klassisch „männ-

lich“ (Möbel bauen, Platten auflegen, Skateboard fahren). Während es bei den „männlichen“ Fähigkeiten darum geht, Frauen und Mädchen zu ermutigen, Bereiche zu erobern, von denen sie sich bisher aufgrund der geschlechtlichen Zuschreibung eher abgewendet haben, geht es bei den Anleitungen zum Stricken oder Kochen um die Strategie der Wiederaneignung. Diese weiblichen Fähigkeiten, die traditionellerweise unbezahlte Arbeit darstellen und somit nicht entlohnt, also nichts „wert“ sind, sollen im Zusammenhang mit Popkultur eine Aufwertung erfahren. Deswegen binden wir diese Rubriken in andere Zusammenhänge ein: In der Kochrubrik TV Dinner, werden Rezepte aus Fernsehserien nachgekocht oder wir zeigen wie man mit der eigentlich spießigen Stick-Technik einen schicken Graffiti-Wandbehang erstellt.

Mode



Mode bietet die Möglichkeit Frauentypen abzubilden und zu inszenieren und mit dieser Art der Inszenierung vom Mainstream abzuweichen. Style und Mode ist eben identitätsstiftend. Uns ist es wichtig, nicht nur neue Trends vorzustellen, sondern mit Mode und Styling eine Geschichte zu erzählen. Wir zeigen verschiedene Körperbilder/Formen/Altersstufen: Frauen sind keine genormten Wesen in Größe 34. Deswegen ist in Missy Vielfalt die Norm.

Sex

Die generelle Haltung des Sexteils ist eine lustvolle und positive Auseinandersetzung mit Körper und Sexualität. Im Gegensatz zu herkömmlichen Frauenmagazinen geht es nicht darum, „ihm die Nacht seines Lebens“, sondern sich selbst eine gute Zeit im Bett zu bereiten. Die Rubrik soll zum Experimentieren anregen, beinhaltet Produkttests, Berichte über feministische „Sex Positive“ oder queere Themen. Wie im gesamten Heft bemühen wir uns darum, mit Heteronormativität zu brechen. Neben diesen großen Rubriken hat Missy natürlich noch einiges mehr zu bieten. Ab dem nächsten Heft haben wir mit Claire Lenkova eine regelmäßige Comiczeichnerin im Heft. Eine regelmäßige Bildstrecke stellt eine junge, talentierte Fotografin und ihre Arbeiten vor.

Allgemein versuchen wir uns in Missy an der Gestaltung einer feministischen Popkulturwelt, sowohl nach innen, in dem neue feministische Strukturen schaffen, als auch nach außen, in dem wir feministische Popkultur sichtbarmachen. Darüber hinaus kritisieren wir aktuelle Popkultur mit feministischen Instrumentarien. Diese Auseinandersetzung ist wichtig, weil Pop Teil der Alltagskultur und Sozialisation eines jeden Menschen ist. Deswegen muss Popmusik, Fernsehen, Netzkultur oder Werbung genauso mit feministischen Mitteln kritisiert werden, wie bspw. Gesetze. Wir hoffen es gelingt uns, denn: Es gibt noch viel zu tun.

Das Heft ist in Deutschland, Österreich und der Schweiz am Kiosk und im Bahnhofsbuchhandel erhältlich sowie im Abonnement und über Bestellung im Internet natürlich auch überall sonst auf der Welt.

Zwischen Emanzipation und Einpassung: postfeministische Verwicklungen in Politik und Popkultur

19.10.2010, *Jette Hausotter*

Ein neuer deutscher Postfeminismus feiert Emanzipation und unterstützt dabei die neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft. Gleichzeitig bietet Popkultur, die das Alltagsverständnis prägt, jungen Frauen Teilhabe an der Konsumkultur um den Preis politischer Kritik. Queerfeministische kapitalismuskritische Interventionen müssen diese Entwicklungen ernst nehmen als Interessenartikulation in veränderten Produktionsverhältnissen. Manches erfordert Widerstreit, anderes eröffnet Räume für queerfeministische Praxis.

Postfeminismus: Abwicklung statt Entwicklung von Emanzipation

Zeitdiagnosen der Geschlechterpolitik greifen heute gerne auf den Begriff des Postfeminismus zurück. ‚Post-‘ kann für überwinden stehen und für anknüpfen. Aber was wird zurückgelassen und was soll folgen? Dafür ist die historische Gemengelage interessant, in der dieser Begriff auftaucht: ein konservativer geschlechterpolitischer Backlash, eine neoliberale Neuordnung des Geschlechterregimes und ein wahlweise akademischer oder popkultureller dekonstruktivistischer Queerfeminismus treffen aufeinander.

Es gibt den Antifeminismus, der im modernisierten Gewand daherkommt. In konservativer Abgrenzung von emanzipatorischen sozialen Prozessen verweist dieser antifeministische Postfeminismus darauf, dass die Frauenbewegung das Geschlechterverhältnis zur Genüge modernisiert habe und nun überflüssig sei – bis hin zu der These, dass der Feminismus die Schuld trage am Leiden von Frauen, würden sie doch durch dessen gesellschaftliche Macht heute daran gehindert, unbeschwert ihrer Bestimmung zum Mutter- und Hausfrau-Sein nachzukommen. Derzeit prominentes deutsches Beispiel: Eva Herman.

In Abgrenzung dazu hat sich (auch) in Deutschland ein neuer Feminismus als Medienliebling etabliert (Riegraf 2007, http://www.feministisches-institut.de/feminismus_riegraf/). Seine Vertreterinnen sind sich einig in der Ablehnung von Eva Hermans Propaganda für „Heim und Herd“. Die mittlerweile vielfältigen Repliken auf Hermans antifeministische Eva-Prinzipien feiern Emanzipation, Erfolg und Berufstätigkeit als endlich erreichte bzw. erreichbare Normalität weiblicher Lebensführung. Diesen neuen Postfeminismus verstehe ich als Anzeichen einer Diskursverschiebung in der gesellschaftlichen Debatte um Geschlechterverhältnisse, in der Emanzipation plötzlich keine Gefahr mehr ist, sondern erwünscht. Aber was heißt hier Emanzipation? Denn das erfolgreich von Heim-und-Herd emanzipierte Subjekt Frau, das derzeit einen Hype erfährt, ist zugleich das „Subjekt par Excellence des Neoliberalismus“ (McRobbie 2010). Das individualisierte Erfolgskonzept (mein Job, meine Partnerschaft, meine Kinder, meine Vereinbarkeit), das hier propagiert wird, stimmt in auffällig vielen Punkten mit der neoliberalen Hegemonie der Individualisierung überein.

Kritische Interventionen in diesen Postfeminismus sind nötig. Denn viele der hierunter fallenden Stimmen feiern Emanzipation und sind sich dabei einig in der Abgrenzung von der politischen Frauenbewegung bzw. von Feminismen, die um eine kollektive, solidarische Kritik und Politik ringen. In diesem Sinne streben auch die „Alphamädchen“ nach Gleichberechtigung und nennen ihr Projekt Feminismus: „Alle jungen Frauen wollen heute das Gleiche, nämlich: genauso viel verdienen wie Männer, die gleichen Aufstiegschancen, einen gleich großen An-

teil an der Macht in unserem Land und nicht vor die Entscheidung 'Kind oder Karriere' gestellt werden (...) Feministinnen sind nicht die männerhassenden, schlecht gekleideten alten Frauen aus dem Klischee. (...) Feminismus ist nicht alt oder überholt – er ist jung und cool.“ (Haaf/Klinger/Streidl 2008)

Dieses Phänomen ist bereits aus feministischer Perspektive analysiert und kritisiert worden. Zu Recht fallen dabei Begriffe wie „Spartenfeminismus“ (Hark/Kerner 2007) oder „Elitenfeminismus“ (Klaus 2008) und es wird die fehlende antirassistische Positionierung benannt: „Der weiße christliche Mittelschichtseintopf kocht und löffelt sich selbst. (...) Wie wäre es mit ein bisschen Solidarität, Kampfgefährtinnen?“ (Kiyak 2008).

Was ist passiert? Wurden die damals wie heute richtigen Anliegen des Feminismus einfach „umgedeutet“, „resignifiziert“ wie Nancy Fraser meint? So eindeutig sicher nicht, denn die Abwicklung politischer Kritik geht ja gerade mit realen Zugeständnissen an feministische und queere Bewegungen einher. An diesen Widersprüchen müssen Interventionen ansetzen. Es geht dann nicht bloß darum, ein „unheimliches neoliberales Double zurückzuerobern“, indem es wieder antikapitalistisch „breit gedacht“ wird? (Fraser 2009) Frigga Haug bezieht dagegen die Position, dass eine feministisch-sozialistische Perspektive neu zu formulieren heißt, den „neuen Feminismus“ ernst zu nehmen als Interessenartikulation in veränderten Produktionsverhältnissen – das entsprechende linke feministische ‚Wir‘ sei darin „erst zu erringen“ (Haug 2009). Eine Strategie für politische Debatten in diesem Sinne kann es sein, populäre Lesarten des Feminismus als Chance für gesellschaftskritische Debatten zu nutzen, wie Gabriele Winker vorschlägt (Winker 2007, http://www.feministisches-institut.de/feminismus_winker/). Das heißt „leidenschaftliche Analysen“ vorzubringen, die soziale Ausschlüsse und Ungleichheiten im neoliberalen Geschlechterregime in ihrer Verwobenheit entlang unterschiedlicher Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Rasse und auch Körper betonen (ebd.). Da Neoliberalismus ja gerade keine emanzipatorischen Perspektiven einer gerechten Organisation sozialer Reproduktion bietet, heißt dies auch, dass solche Analysen in Widerstreit mit den individualisierten postfeministischen Erfolgsgeschichten und deren rassistischen und klassistischen Bias gehen müssen.

Popkultur als Schauplatz postfeministischer Subjektivierung

Postfeminismus ist aber nicht bloß eine Frage politischer Haltung. Gerade in der Populärkultur finden subtile Prozesse der Abwicklung von Feminismus statt. Angela McRobbie (2010) hat in ihrem aktuellen Buch analysiert, wie der neoliberale Überwachungsmodus dort seine Wirkung entfaltet.

Der aufschlussreiche Fokus ihrer Analyse ist die „diskursive Abwicklung“ (ebd.) der Frauenbewegung, mit der in der Populär- und Konsumkultur das Entstehen feministischer Kritiken am neoliberalen Geschlechterregime im Alltagsbewusstsein junger Frauen verhindert wird. Hauptschauplatz der entpolitisierenden Einbindung vor allem von jungen Frauen ist laut McRobbie die Populärkultur: die Konsumkultur des Mode- und Schönheitskomplex, Make-Over-TV oder Filme wie Bridget Jones. Denn eben hier werde der postfeministische „gesunde Menschenverstand“ hergestellt, der nicht nur für dessen augenscheinliche Gewinnerinnen attraktiv ist, sondern es darüber hinaus schafft, breite soziale Gruppen auf das neoliberale Teilhabeversprechen einzuschwören. Das wirft Fragen nach queerfeministischer Handlungsfähigkeit auf. Wie muss sich Queerfeminismus in dieser postfeministischen Situation positionieren?

Widerständige Weiblichkeiten: In a post-patriarchy i'll be a post-feminist!

McRobbie setzt an dem genannten Widerspruch zwischen Zugeständnis und Einbindung an und betont in diesem Prozess die Unterwerfung. Sie grenzt sich ab von queerfeministischen Kulturtheorien, die im Aufbrechen alter Geschlechter- und Sexualitätsnormen quasi als Selbstläufer die Möglichkeit des Entstehens nicht-heteronormativer Subjekte sehen. Dabei gehe ich mit. Aber sie betont die enorme Macht der neuen hegemonialen Identitätsentwürfe und begründet damit ihren Pessimismus gegenüber den emanzipatorischen Potenzialen postfeministischer Popkultur. Dabei zeichnet sie ein teilweise sehr vereindeutigtes Bild sozialer und kultureller Formen, das auffällige Leerstellen hat. Hier gilt es genauer hinzuschauen.

Denn der Mainstream steht im Austausch mit Subkultur, verwendet diese als kreative Resource. Auch in der Subkultur gibt es, so unpassend ich den Begriff hierfür finde, postfeministische Positionierungen. Dies kann die selbstbewusste Ermächtigung entlang sexueller und kultureller Differenzen sein, die sich hegemonialen Repräsentationen von Geschlecht und Sexualität subversiv entzieht bzw. diese aneignet (etwa riot grrrls) – Postfeminismus als radikale Nichtidentifikation mit Bildern von Weiblichkeit, die in feministischen Bewegungen durchaus immer wieder affirmiert werden (Sabisch). Oder die auch in Deutschland in den queeren Szenen immer präsenteren Femininitäten, in denen Weiblichkeit nicht in heteronormative Begehrensformen eingebunden ist (Einen deutschsprachigen Überblick dazu bietet die aktuelle Ausgabe von Hugs and Kisses, <http://www.hugsandkissesonline.de/?p=1131>.)

Dies ist anschlussfähig an die Subjekt- und Identitätskritik des akademischen Feminismus und queerer Theorie, an die Reflexion und das Überwinden der eigenen Verwobenheit in die heteronormative, rassistische Geschlechterordnung, an eine notwendige intersektionale Neupositionierung von Geschlechtertheorien im Feld komplexer Herrschaftsformationen. In beiden Feldern geht es um die Etablierung emanzipatorischer Geschlechterpolitiken bzw. Analysen in neuen Bündnissen oder von neuen Standpunkten aus.

Es ist sicher kein Zufall, dass der Mainstream des Pop heute voll ist von widerstreitenden Entwürfen von Weiblichkeit und Sexualität. Nicht zuletzt Queers und Feminist_innen in den Subkulturen waren dafür Inspiration. Und trotz der dominierenden Erzählung von Konsum als Gestaltungsmöglichkeit des Selbst, entstehen darin Situationen, in denen das postfeministische weibliche Subjektideal reale Ermächtigungsräume für junge Frauen aufmacht. In der zum Teil queeren, stark sexualisierten, Bildsprache ist naturalisierte Männlichkeit oft genug abwesend. Sie eröffnet den Rezipient_innen vielfältige Möglichkeiten Weiblichkeit – und zwar immer wieder neu und anders – selbstbewusst zu inszenieren.

Queerfeministische Politik muss also in politischen Auseinandersetzungen der Zufriedenheit mit dem Neoliberalismus widersprechen – Postfeminismus ist in diesem Sinne die Zukunft, in der Sexismus und Heteronormativismus überwunden sind. Aber auf dem Weg dahin müssen wir die Einbindung junger Frauen ins neoliberale Vermarktlichungsgeschehen, die dem Entstehen eines starken solidarischen Feminismus entgegen stehen kann, in seiner Widersprüchlichkeit ernst nehmen. Wir dürfen sie nicht als ‚falsches Bewusstsein‘ abtun. Queerfeministische Praxis heißt, widerständige, sich patriarchalen Repräsentationen entziehende Weiblichkeiten im Alltag und in der Popkultur zu stärken.

Literatur

- Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2009, S.43-57.

- Haaf, Meredith/ Klinger, Susanne/ Streidl, Barbara (2008): Wir Alphamädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht. Hamburg.
- Hark, Sabine/ Kerner, Ina (2007): Der Feminismus ist tot? Es lebe der Feminismus! Das "False Feminist Death-Syndrome", in: querelles-net 21, www.querelles-net.de/forum/forum21/harkkerner.shtml
- Haug, Frigga (2009): Feministische Initiative zurückgewinnen – eine Diskussion mit Nancy Fraser. In: Das Argument 281/2009, S.393-408.
- Kiyak, Mely (2008): Und was ist mit uns?, in: DIE ZEIT 28/2008, www.zeit.de/2008/28/Feminismus
- Klaus, Elisabeth (2008): Antifeminismus und Elitefeminismus. Eine Intervention, in: Feministische Studien 26, www.feministische-studien.de/fileadmin/download/pdf/Fem08_02_Klaus.pdf
- McRobbie, Angela (2010): Top Girls – Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden.
- Riegraf, Brigit (2007): Feminismus ist en vogue! Aber welcher Feminismus?, www.feministisches-institut.de/feminismus_riegraf
- Sabisch, Katja: Spielarten des Postfeminismus: Die 'riot grrrl'-Bewegung, www.ladyshake.de/spielartenpostfeminismusrrriot.pdf
- Winker, Gabriele (2007): Populäre Lesarten des Feminismus als Chance für gesellschaftskritische Debatten nutzen!, www.feministisches-institut.de/feminismus_winker

Ökonomie

Vorsorgendes Wirtschaften – Zukunftsfähigkeit jenseits der Krisenökonomie

25.05.2010, Adelheid Biesecker

Maßlosigkeit und Sorglosigkeit – mit diesen beiden Begriffen lässt sich die vorherrschende ökonomische Rationalität, kennzeichnen. Maßlosigkeit – denn aus Geld soll immer mehr Geld werden, und das möglichst ohne Bezug zur realen Produktion, ohne irgendein stoffliches oder soziales Maß. Und Sorglosigkeit – denn Menschen mit dieser Maximierungsrationalität kümmern sich nicht um den Erhalt der lebendigen Grundlagen – sozial-weibliche Care-Arbeit und ökologische Produktivität –, sondern nutzen sie rücksichtslos aus. Das wirkt zerstörerisch auf dieses sog. Reproduktive – die Krise wird zur „Krise des „Reproduktiven“. Dieses ökonomische System schafft seinen „Reichtum“ somit durch Zerstörung der Reichtumsgrundlagen. Es ist nicht zukunftsfähig. Zukunftsfähig ist nur eine Ökonomie, die durch ihre eigene Praxis des Produzierens und Konsumierens den langfristigen Erhalt der lebendigen Grundlagen garantiert. Erhalten im Gestalten, um diese neue Rationalität geht es – um Vorsorgendes Wirtschaften eben.

Das Ökonomische muss also, wenn es als Grundlage für ein dauerhaftes menschliches Leben auf der Erde dienen soll, neu gedacht und gestaltet werden. Und dazu müssen keine Fantasien herhalten, sondern ein Blick in die alltägliche Praxis zeigt, dass vielfältig schon sorgend gewirtschaftet wird: dazu gehören z. B. die ganze Care-Arbeit in Familien und Nachbarschaften, Projekte solidarischer Ökonomie auf lokaler oder regionaler Ebene, kooperative Stadtgartenprojekte, Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften in Form von Kommunen, Genossenschaften, Rekultivierungsprojekte und vieles mehr. Das Problem ist jedoch, dass all diese wirtschaftlichen Tätigkeiten aus dem offiziellen Bild von Ökonomie ausgegrenzt sind – sie produzieren nicht für den Markt, der als ökonomisches Zentrum gilt. Ökonomie ist in diesem Bild ausschließlich Marktökonomie – und Arbeit ist nur solche Arbeit, die Waren und Dienstleistungen für Märkte herstellt. Dass Ökonomie viel mehr ist als der Markt und dass Arbeit vielmehr ist als Erwerbsarbeit, kann infolge dieser Einäugigkeit nicht gesehen werden.

Hier setzt das Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ an. (<http://www.vorsorgendeswirtschaften.de>). Es beginnt mit einem Perspektivenwechsel, es blickt von den bisher als „reproduktiv“ aus dem Ökonomischen ausgegrenzten Bereichen auf die Marktökonomie. So kommen nicht nur „das Ganze des Wirtschaftens“ und „das Ganze der Arbeit“ in den Blick, sondern auch deren geschlechtshierarchische (Männer managen oben, Frauen sorgen unten) und naturfeindliche Konstruktionen. Diese können jetzt kritisiert und verändert werden. Und Märkte sind, so gesehen, nicht Selbstzweck, sondern Mittel für Lebenszwecke. Welche Märkte (auch: welche Finanzmärkte?) tun den Menschen und der Natur gut? Diese Fragen können jetzt gestellt und bearbeitet, aus (spekulierenden) Herren können (sorgende und vorsorgende) Diener gemacht werden.

Gegenüber der bisherigen Trennung von Produktion und sog. Reproduktion wird im Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ deren Einheit betont. Diese Einheit wird ausgedrückt in einer neuen Kategorie – der Kategorie (Re)Produktivität. Sie umfasst die Produktivitäten aller Arbeitsprozesse einschließlich der Care-Arbeit sowie die Produktivität der ökologischen Natur und damit alle produktiven Prozesse des Herstellens und Wiederherstellens. Dieses (Re)Produktive muss bewusst gestaltet werden, wenn wir zukunftsfähig wirtschaften wollen, lautet eine Kernaussage im Rahmen dieses Konzeptes. Und deutlich wird: Menschliche Produktion als Prozess zwischen Mensch und Natur verändert auch die Natur selbst, stellt ein

„gesellschaftliches Naturprodukt“ mit her (z. B. verändertes Klima, vergifteten Boden, Kulturwälder), welches jetzt bewusst erhaltend gestaltet werden kann.

Die theoretische Ausformulierung und die praktische Ausgestaltung von Vorsorgendem Wirtschaften stützen sich auf drei Handlungsprinzipien: Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für ein gutes Leben Notwendigen:

Vorsorge: Die Menschen werden als in sozialen Beziehungen lebend betrachtet (anders als in der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft, die nur den isoliert seinen Nutzen maximierenden homo oeconomicus kennt), als für sich und andere sorgend, wobei in dieses Sorgen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen eingeschlossen sind. Vorsicht, Voraussicht, Umsicht, Übersicht und Rücksicht sind Charakteristika dieses Prinzips. Sorgen nimmt die Bedürfnisse aller Beteiligten zum Ausgangspunkt, es ist ein Prinzip, das auch asymmetrische Beziehungen in die Ökonomie integriert. Solche Asymmetrien bestehen häufig in Sorgebeziehungen, in denen die Umsorgten abhängig sind von den sorgenden Menschen. Aus dem Sorgen um die Zukunft entsteht die Vorsorge in der Gegenwart. Dabei sind Schonung und Nicht-Handeln Möglichkeiten effizienten ökonomischen Handelns. Dagegen ist heute Nachsorge vorherrschend, wie wir z. B. beim Umgang mit Atommüll sehen oder bei der CCS-Technik (Carbon Capture and Storage), der Technik, CO₂ in Kohlekraftwerken abzuscheiden und in der Erde zu speichern. Anstatt von vornherein auf riskante und die Umwelt zerstörende Techniken zu verzichten, wird auf technische Lösungen beim Umgang mit den „Abfällen“ gehofft. Wie das systematisch misslingt, erfahren wir gerade bei der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko.

Kooperation: Kooperieren ist ein altes Prinzip der Care-Ökonomie und wird im Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ im Sinne einer vorsorgend-verantwortlichen Kooperation weiterentwickelt. Gemeint ist damit ein kooperatives Wirtschaften, in dem im gemeinsamen Verständigungsprozess nach lebensfreundlichen und naturverträglichen wirtschaftlichen Formen gesucht wird. Weil in diesem Verständigungsprozess als sprachlose KooperationspartnerInnen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen einbezogen sind, kommt der Begriff „Verantwortung“ mit herein. Verantwortung bedeutet eben, diese KooperationspartnerInnen gleichermaßen einzubeziehen. Diese Kooperation ist prozess-, nicht nur zielorientiert. Dagegen wird heute vor allem auf Konkurrenz gesetzt. Konkurrenzfähig zu sein wird zum Selbstzweck, dem Soziales und Ökologisches untergeordnet wird. Mit dem Hinweis auf die Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit wird z. B. der Mindestlohn bekämpft und werden ökologische Schäden für industrielle Großprojekte wie das Vertiefen von Elbe und Ems in Kauf genommen.

Orientierung am für das gute Leben Notwendigen: Vorsorgendes Wirtschaften orientiert sich nicht an der Maximierung individueller Profite und nicht an maximalen Wachstumsraten, sondern an der Gestaltung eines guten Lebens für alle Beteiligten. Was dieses gute Leben ist, muss im gemeinsamen Diskurs immer wieder neu festgestellt und durch gesellschaftliche Regelungen ermöglicht werden. Gesellschaftliche Wohlfahrt ist so nicht allein monetär bestimmt, ist nicht ein-dimensional kalkulierbar, sondern kann nur viel-dimensional und vielfältig entwickelt werden. Dagegen wird heute auf das Sozialprodukt, die Summe aller für den Markt hergestellten und in Geld bewerteten Güter und Dienstleistungen, gestarrt – dessen Wachstum gilt als Ausdruck von Wohlfahrt. Zöge man dagegen von diesem Wachstum dessen soziale und ökologische Kosten ab (z. B. Kinderarmut, Verschärfung der Ungleichheit, Verkehrsunfälle, ökologische Schäden), so würde deutlich werden: Unsere Wirtschaft wächst schon lange nicht mehr, der durch die Wachstumsrate des Sozialprodukts ausgedrückte Wohlstand ist ein Schein-Wohlstand!

Das Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ setzt für die notwendige Veränderung sowohl auf Verhaltensänderungen der einzelnen Menschen (Konsumkritik und neue Lebensstile), auf die gesellschaftliche Gestaltung neuer Institutionen (wie z. B. das bedingungslose Grundeinkommen) sowie auf den Staat. Es entwirft kein Wolkenkuckucksheim, keine Sozialutopie, sondern eine Wirtschaftsweise, die im Hier und Heute schon entsteht. Aus der Perspektive dieses Konzepts gilt es, diese Prozesse zu stärken und so eine sozial-ökologische Transformation des Ökonomischen hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise zu stützen und zu fördern. Konkrete Forderungen sind z. B.:

- Der Ausbau der ökologischen Land-, Fisch- und Forstwirtschaft
- Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare, insbesondere auf Solarenergie
- Die Ermöglichung ökonomischer Projekte jenseits des Marktes
- Die Aufwertung von Care-Arbeit, z. B. über flächendeckende soziale Infrastrukturen wie Kinderkrippen und – gärten
- Die Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern – Männer hinein in die Care-Arbeit, Frauen hinein in gute Erwerbsarbeit
- Die radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit für alle
- Einkommensumverteilung von oben nach unten

„Vorsorgendes Wirtschaften“ ist ein integrierendes Konzept, alle werden gebraucht, niemand ausgeschlossen. Und es ist ein geschlechtergerechtes Konzept. Niemand weiß genau, wie eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise einmal aussehen wird. Für den unbekanntem Weg dorthin, für den notwendigen Suchprozess sind gesellschaftliche Beratungen nötig. Dafür werden Gesellschaftsmitglieder benötigt – Frauen und Männer –, die in allen Bereichen des Arbeitens und Wirtschaftens eigene Erfahrungen gesammelt haben. Wie sollen sie sich sonst verständigen? Nur auf der Basis gleicher Erfahrungen lassen sich gemeinsam neue Wirtschaftswege beschreiten. Geschlechtergerechtigkeit ist im Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens daher nicht nur ein moralisches Anliegen, sondern unmittelbar ökonomisches Interesse. Zugespitzt formuliert: Geschlechtergerechtigkeit wird zur Basisressource einer zukunftsfähigen Ökonomie – und damit zum Indikator des Neuen.

Sozialpolitik

Das Grauen vor der Prostitution, den Drogen ... den Anderen

14.04.2010, *Kathrin Schrader*

Der deutsche Sozialstaat versuchte früher den „Bedürftigen“ neben der Grundabsicherung ihres Lebensstandards durch Resozialisierungs- und Reintegrationsmaßnahmen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Mehrheit zu ermöglichen. Dieser Ansatz wird heute mit dem Hinweis auf die „leeren Kassen“ und die angebliche Ineffizienz nicht mehr verfolgt und durch die übergeordnete Strategie des Gefahren- und Risikomanagements ersetzt. Im Zentrum der Aktivitäten steht jetzt die Gefährlichkeit des Individuums. Erkennbar sind diese Tendenzen in Deutschland unter anderem an der Erhöhung des Strafrahmens, der Absenkung der Strafmündigkeit, den vereinfachten Voraussetzungen für die U-Haft, der konsequenten Abschiebungspraxis und der Videoüberwachung öffentlicher Plätze.

Eine Gruppe, die im Fokus dieser Sicherheitsdispositive steht, das sind Menschen, die illegalisierte Drogen konsumieren. Drogenkonsum gilt in Deutschland nicht mehr grundsätzlich als moralisch verwerflich, da er zunehmend in der Mehrheitsgesellschaft und dort auch durch ihre Eliten praktiziert wird. Allerdings werden die Teile der Gesellschaft, die nicht verantwortlich, also nicht kontrolliert mit dem Konsum umgehen können oder wollen, zu einer Risikopopulation erklärt. Die Regulation der Risiken, welche dieser Gruppe zugeordnet werden – kombiniert mit einer dann doch oft moralisch unterfütterten Bewertung des Konsums – entscheidet über den Zugang zu bestimmten Räumen. So wurden zum Einen öffentliche Räume in Hamburg für die Risikogruppe „der Süchtigen“ geschlossen (Innenstadt, Hauptbahnhof, Schanzenviertel) und zum Anderen klar umgrenzte Zugänge für diese Gruppe (Drob Inn) oder für spezifische Untergruppen (Frauen – ragazza e.V., minderjährige Mädchen – Café Sperrgebiet, Stricher – BASIS-Projekt, Straßenkinder – KIDS) eröffnet. Hier treffen die Betroffenen nur noch mit Angehörigen der gleichen Risikogruppe zusammen. Früher ging es in der akzeptierenden Drogenarbeit hauptsächlich darum, einen weniger gesundheitsschädlichen Konsum zu ermöglichen. Dieses Anliegen hat sich geändert, jetzt geht es in erster Linie um die Entlastung des öffentlichen Raumes durch die Schaffung eines Ortes des „Anderseins“, in dem aber gleichzeitig „die Anderen“ effizienter kontrolliert werden können. Das ist übrigens nicht neu, sondern erinnert an die gesellschaftliche Funktion von Bordellen. Dort kann „das Andere“ ungestört „das Andere“ sein, aber es unterliegt in diesem Raum auch immer der Kontrolle (Schmidt-Semisch, Henning: Selber schuld. In: Krasmann, Susanne u.a. (Hg.), Gouvernamentalität der Gegenwart, 181). Der sichtbare Teil des Problems verschwindet aus der Wahrnehmung und kann so von der Mehrheitsgesellschaft ignoriert und damit akzeptiert werden. Die Träger sozialer Einrichtungen passen sich oft gezwungenermaßen, manchmal aber leider auch im Glauben an die gerade moderne Wettbewerbstheorie dieser Entwicklung, an. Die neuen Spielregeln bestimmen, dass sich nur die sozialen Einrichtungen behaupten können, welche effizient die Entlastung des öffentlichen Raumes und die Kontrolle der Risikogruppe gewährleisten.

Wer sind „die Anderen“?

Identität konstruiert sich, so Stuart Hall, nur auf der Grundlage der Differenz, nur über die Beziehung zum Anderen, in Beziehung zu dem, was sie nicht ist, zu gerade dem, was von ihr ausgelassen ist (Hall, Stuart 2004: Ideologie, Identität, Repräsentation, Hamburg, 171). In Hamburg St. Georg sind „die Anderen“, die Nicht Gewollten, die Überflüssigen, die Anorma-

len – u. a. drogenkonsumierende Sexarbeiterinnen. Nach Angabe drogenkonsumierender Sexarbeiterinnen (Besucherinnen von ragazza e.V. Hamburg) belaufen sich die Kosten für harte Drogen bei täglichem Konsum auf schätzungsweise 100 bis 300 in Einzelfällen auch auf 500 EUR pro Tag. Wegen der hohen Kosten werden riskante Konsumformen (intravenös oder Crack) bevorzugt, um auch bei kleineren Mengen eine höhere Wirkung zu erzielen. Gleichzeitig entsteht ein enormer finanzieller Beschaffungsdruck. Die meisten drogengebrauchenden Frauen arbeiten im Hamburger Stadtteil St. Georg. Der Drogenstrich liegt im Sperrgebiet. Das bedeutet, dass die Frauen illegal arbeiten und ordnungswidrig handeln. Durch die Sperrgebietsverordnung werden die „Beschaffungsprostituierten“ zusätzlich kriminalisiert, da ihnen die lukrativen legalen Plätze, die von „Profi“- Frauen genutzt werden, nicht zur Verfügung stehen. Drogengebrauchende Frauen verstoßen außerdem ständig gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) und begehen oft auch andere Straftaten (u.a. durch Dealen, das Bunkern von Drogen, Ladendiebstahl, nicht erfüllte Auflagen der Staatsanwaltschaft, Erschleichung von Beförderungsleistungen etc.).

Nach Schätzungen der Polizei gehen in St. Georg ca. 450 Frauen der Straßenprostitution nach, viele von ihnen gebrauchen Drogen. Nach Angaben der Beratungs- und Übernachtungsstellen in St. Georg arbeiten etwa 800 bis 1000 Frauen in der Prostitution. Schätzungsweise 80% dieser Frauen sind Konsumentinnen von Drogen. Die Zahlen sind jedoch spekulativ, da es kein repräsentatives Zahlenmaterial gibt. Aus der Kombination von illegalisierter Prostitution und Drogenkonsum resultieren massive Folgeschäden und eine psychosoziale Verelendung, was zur Folge hat, dass sich die Mehrzahl der Frauen nicht mit dieser Erwerbstätigkeit identifizieren kann. Sie profitieren nicht von den medizinischen Vorsorgeuntersuchungen und sind daher oft durch Krankheiten geschwächt. Da sie auch den Selbstschutz nicht wie die hauptberuflichen Sexarbeiterinnen organisieren können, sind sie vielfach Misshandlungen und Vergewaltigungen ausgeliefert (Zurhold, Heike 1993: Drogenkarrieren von Frauen im Spiegel ihrer Lebensgeschichten, Berlin, 30/31). Drogenkonsumierende Sexarbeiterinnen sind zwar „die Anderen“, aber nicht die Einzigen, die dem Gefahren-, Risiko- oder Sicherheitsmanagement unterliegen!

Die Rechte „Marginalisierter“ im bürgerlichen Staat, ein Widerspruch an sich?

Junge dynamische leistungsfähige Menschen erobern „angesagte“ Stadtteile, wie St. Georg, kaufen Eigentumswohnungen und werben für einen bunten Strauß unterschiedlicher Kulturen, sexueller Orientierungen und Lebensformen. Die angepriesene Vielfalt entpuppt sich jedoch bei genauerer Analyse als ein Trugschluss. Der locker daher kommende Slogan von der Vielfältigkeit im Stadtteil ist ein hegemonialer Diskurs der weißen finanziell potenten Mehrheitsdeutschen. So werden zwar nach jahrzehntelangen Kämpfen endlich auch homosexuelle Lebensformen akzeptiert, aber umso stärker der „gewalttätige Migrant“ zu einem neuen Feindbild stilisiert. Auch die Frauen, die seit Jahrzehnten in St. Georg arbeiten und ihre Existenz durch Sexarbeit sichern, passen nicht zu dieser scheinbaren Diversität. Im Fokus der gesellschaftlichen Ächtung stehen zwar immer noch die „Junkiehuren“, jedoch fühlen sich die neuen bürgerlichen St. GeorgianerInnen eher durch die „Huren“ aus Bulgarien und Rumänien gestört. Vor allem die männlichen Anwohner fühlen sich durch deren angeblich kulturell spezifisch aggressive Freieransprache belästigt. So berichtet das PK 11, dass es bereits zu tätlichen Übergriffen durch die Frauen gegenüber potentiellen Kunden gekommen sei, was aber eher in den Bereich einer modernen Stadteilsage gehört. Um die AnwohnerInnen zu beruhigen, werden gouvernementale Regierungstechniken etabliert, die sich einen demokratischen Anstrich verleihen, indem sie vorgeben, die Stimmen aller Beteiligten aufzunehmen. Für Hamburg ist der „Runde Tisch“ mit seinen verschiedenen Arbeitsgruppen solch eine typisch gouvernementale Regierungstechnik. Hier sitzen Polizei, Wirtschaft und soziale Projekte an

einem Tisch und debattieren über die Steuerung und Regulierung der Prostitution. Obwohl die Ergebnisse noch nicht veröffentlicht sind, kann jetzt bereits gesagt werden, dass die erarbeiteten Modelle keinesfalls den Bedarfen der betroffenen Frauen entsprechen. Es wird im Gegenteil in den meisten Bereichen zu einer Verschärfung der Situation durch weitere Repressionen gegen die Sexarbeiterinnen kommen. Das ist ein sehr trauriges Ergebnis, da Hamburg einst, verglichen mit anderen Bundesländern, eher eine progressive innovative Politik auch für „die Anderen“ unterstützt hat. Es stellt sich ein ungutes Gefühl ein, wenn frau sich vorstellt, wo eine solche Politik endet. Wer gehört zu einem Stadtteil, zu einer Stadt, zu einer Gesellschaft und wer nicht? Wer verfügt über Mitsprache und wer erreicht nie die Position einer SprecherIn? Eine funktionierende Gesellschaft muss immer auch „das Andere“ tolerieren, denn heute sind „die Anderen“ in Hamburg St. Georg die „Drogenprostituierten“, die „Bulgarinnen und Rumäninnen“, oder die „gewalttätigen MigrantInnen“ und morgen könnten es die „Alten“, die nicht Leistungsfähigen oder erneut die nicht Heteronormativen sein.

Ich möchte mit einem Zitat von Jean Améry aus dem Buch „Jenseits von Schuld und Sühne“ enden, das zu denken geben sollte: „Ich war mein Körper und nichts sonst: im Hunger, im Schlag, den ich erlitt, den ich zufügte. Mein Körper war ausgemergelt und schmutzverkrustet, war meine Misere. Mein Körper, wenn er sich zum Hieb anspannte, war meine physisch-metaphysische Würde. Die körperliche Gewalttätigkeit ist in Situationen wie der meinigen das einzige Mittel zur Wiederherstellung einer dislozierten Persönlichkeit. Ich war ich als ein Schlag – für mich selbst und für den Gegner. Was ich später in dem Buch von Frantz Fanon ‚Les damnés de la terre‘ in einer Analyse des Verhaltens der Kolonialvölker theoretisch ausgeführt gelesen hatte, nahm ich damals vorweg, als ich meine Würde sozial durch einen Faustschlage in ein Menschenantlitz verwirklichte.“

Es geht aufwärts?! Das Elterngeld für Erwerbslose wird gestrichen –
Stellungnahme des Instituts für nachhaltige Entwicklung e.V.

27.09.2010, Jenny Ullrich

Das Elterngeld für Erwerbslose wird gestrichen. Damit werden nicht nur wichtige Sozialleistungen gekürzt, sondern auch diverse Trends, die im gesellschaftlichen Mainstream existieren, weiter vorangetrieben. Es geht unter anderem darum, das neoliberale Arbeitsmarktparadigma “Fördern und fordern” noch klarer und ohne Rücksicht auf gesamtgesellschaftliche Realitäten umzusetzen als dies bisher schon geschehen ist. Menschen, die wenig Steuern zahlen, wenig konsumieren und dem Staat Geld kosten, bekommen auch wenig. Mit der Streichung des Elterngeldes wird ein “Familienernährermodell” erzwungen, welches zum einen aus einer feministischen Perspektive nicht annehmbar und zum anderen gar nicht mehr realisierbar ist. Auch zu einer Gleichheit der Bildungschancen, die unabhängig von der sozialen Herkunft ist, trägt dieser Schritt nichts Positives bei, wenn man bedenkt, dass Bildung mehr ist als der Besuch einer Schule.

“Bis 2014 wolle die schwarz-gelbe Koalition einen “beispiellosen Kraftakt” leisten und rund 80 Milliarden Euro einsparen, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Eine beachtliche Leistung, wie Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) meinte: “Schauen Sie mal, was das Kabinett alles entschieden hat. Das hätten die meisten gar nicht für möglich gehalten. Es geht aufwärts!””

Mit diesen Worten liest sich die Berichterstattung zum Thema Streichung des Elterngeldes bei Erwerbslosen. Auf diesem Weg “nach oben” merken vor allem “die unten”, was das für ein “Kraftakt” bedeutet.

Diese Maßnahmen, vor allem die Streichung elementarer Sozialleistungen, lassen dieses Paket eher als eine Luftpost erscheinen.

Ungeachtet der verschärften sozialen Situation, die geprägt ist von einer Kluft zwischen arm und reich, wird alles daran gesetzt, diese zu vergrößern. Menschen, die ohnehin bereits am Limit der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe partizipieren, wird diese mit repressiven und offensichtlichen Mitteln verweigert. Bisher gab es für Erwerbslose den Mindestsatz von 300€ Elterngeld für die Dauer von 12 bis 14 Monaten. Für Menschen, die besser verdienen, gab es 67% des bisherigen monatlichen Einkommens. Bereits hier wurde ganz klar gezeigt, worum es geht: wer mehr Steuern zahlt und dem Staat weniger kostet, bekommt auch mehr Geld (siehe auch Statement von Gabriele Winker, <http://www.feministischesinstitut.de/elterngeld/#more-207>).

Ab sofort soll es für Erwerbslose kein Elterngeld mehr geben, dahingegen für Menschen, die auch bisher extrem bevorteilt wurden, alles so bleibt wie es war. Dass diese Maßnahmen aus feministischer Sicht einen Fehltritt bedeuten, wird schnell deutlich; allein erziehenden Müttern wird eine massive Doppelbelastung aufgebürdet, die finanzielle Knapphaltung zwingt entweder zu einem Leben an der Armutsgrenze oder zum Arbeiten in prekären Verhältnissen (Arbeiten unterhalb der Mindestlohngrenze, keine Versicherungsansprüche, kein Arbeitnehmer_innenschutz etc.), in denen die Abhängigkeit und die Ausbeutbarkeit (durch den/die Arbeitgeber_in) stark zunimmt. Frauen, die in einer Partnerschaft leben, werden auf diesem Wege finanziell abhängig von einem Partner, der arbeiten geht. Hier

wird ein Familienmodell erzwungen, welches angesichts der gesamtgesellschaftlichen Realität als vollkommen überholt betrachtet werden kann. Es gibt kaum noch Erwerbsmöglichkeiten, in denen ein Mensch genug verdient, um damit eine Familie zu ernähren. Weiterhin existieren neben dem „Standardmodell“ Vater, Mutter, Kind noch zahlreiche andere Formen des Zusammenlebens, wie zum Beispiel gleichgeschlechtliche Partnerschaften, kollektive Wohn- und Lebensformen, unverheiratetes Zusammenleben oder allein erziehende Menschen.

Auch aus erziehungswissenschaftlicher Sicht ist dieser Schritt fatal. Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, wird u.a. der Zugang zur Bildung allgemein erschwert (Studiengebühren, Büchergeld, Kita-Gebühren, Streichung von Präventions- und Interventionsprogrammen, Ökonomisierung vieler Bildungsbereiche), die wenigen Chancen, die sie bisher hatten, werden immer geringer.

Dass es für das Heranwachsen eines Menschen einiger Ausgaben bedarf, die über Essen hinausgehen (und selbst das Kantinenessen in Schulen ist für viele Menschen bereits jetzt nicht finanzierbar, was der massive Bedarfsanstieg bei Mittagstischen und Co. deutlich zeigt), sollte jeder Mensch bereits einmal vernommen haben. Dass es für die Partizipation am gesellschaftlichen Leben (Kino- und Theaterbesuche, Diskussions- und Informationsveranstaltungen, Tageszeitung, Ausflüge/ Urlaube/ den Horizont erweitern, Konzerte, Kaffeetrinken, mal ein Bier trinken können), Geld braucht, auch das wird kein Mensch abstreiten wollen, soweit sind wir leider noch nicht.

Abgesehen davon, dass bereits jetzt die Partizipation am gesellschaftlichen Leben den meisten Hartz IV Empfängern vorenthalten wird, wäre es fatal, diese Ungleichheit durch die Streichung des Elterngeldes fortzusetzen und damit den sozialen Status der heranwachsenden Menschen festzuschreiben. Die soziale Durchlässigkeit ist in Deutschland bereits jetzt schon verantwortungslos gering, die Wahlmöglichkeiten, die ein Mensch qua seiner Herkunft hat, verringern sich mit dem Einkommen, über das eine Familie verfügt.

Dass diese massiven Einschnitte in Zeiten von Fachkräftemangel, Sarrazins, Kriegseinsätzen, PISA- (und Nachfolge-) Studien, Armutsberichten mit folgenden Inhalten, passieren, kann nicht ernst gemeint sein.

“Seit 1992 sind die Einkommen der ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung um 13 Prozent gesunken, die Einkommen der reichsten 10 Prozent hingegen um 31 Prozent gestiegen. Innerhalb von drei Jahren hat sich die Zahl der in Armut lebenden Kinder verdoppelt. Und die Zahl der Menschen, die Grundsicherung im Alter beantragt haben, wächst kontinuierlich: von 2005 auf 2006 um 8 Prozent auf 680.000. Die Armut wächst, und zwar in allen Altersgruppen.” (Quelle: <http://www.vdk.de/cgi-bin/cms.cgi?ID=de18978> am 1.9.2010).

Das Institut für nachhaltige Entwicklung e.V. fordert stattdessen eine Grundsicherung für alle Menschen, uneingeschränkt und ohne Bedarfsprüfung. Vorstellbar wäre auch ein System, in dem Menschen selbst entscheiden können, ob sie diese in Anspruch nehmen, im Sinne eines Solidarprinzips.

Weiterhin fordern wir Menschen dazu auf, ihre Meinung nach außen zu tragen, sei es im Gespräch mit anderen Menschen, im Internet, auf der Straße, beim Warten auf den Bus,...

Die Erosion des männlichen Familienernährermodells

17.11.2010, *Lisa Haller und Jörg Nowak*

Anlass unseres Beitrags ist die Etablierung eines neoliberalen Feminismus im Zuge der familienpolitischen Trendwende in Deutschland seit 2002. Die Analyse familienpolitischer Reformen ergibt, dass diese einerseits auf die voranschreitende Auflösung des männlichen Familienernährermodells reagieren, andererseits die stattfindende Erosion vorantreiben. Kritisiert wird diese familienpolitische Trendwende bislang vornehmlich von konservativer Seite. Statt die sich auf neoliberale und konservative Argumente verengende Debatte fortzuführen, nutzen wir diesen Beitrag, um der Frage nachzugehen, welche Herausforderungen sich angesichts der familienpolitischen Neuausrichtung für einen linken Feminismus ergeben.

Reproduktions- und Lohnarbeit im männlichen Familienernährermodell

Geht man der Funktion von Sozial- und Familienpolitik in kapitalistischen Gesellschaften nach, wird schnell deutlich, dass infolge der Ausbreitung von Lohnarbeit und der damit einhergehenden Proletarisierung der Bevölkerung die Individuen ihr Arbeitsvermögen nicht mehr zur alleinigen Grundlage der Sicherung ihrer Reproduktion machen können. Zur Sicherung der Reproduktion bedarf es vielmehr einerseits der als elementar geltenden Reproduktionsarbeit, sowie andererseits einer zusätzlichen Lohnarbeit, mit der die Reproduktionskosten bestritten werden. Die Funktion von Sozial- und Familienpolitik ist es, zum einen für die partielle Freistellung einiger Bevölkerungsgruppen zur Verrichtung der elementaren Reproduktionsarbeit zu sorgen sowie zum anderen die kontinuierliche Eingliederung von Arbeitskräften in die marktvermittelte Lohnarbeit sicherzustellen. Nicht zuletzt hat Sozial- und Familienpolitik die Funktion, den Reproduktionsaufwand der gesamten Bevölkerung durch eine gewisse Umverteilung des über die marktvermittelte Lohnarbeit erzeugten Mehrwertes zu garantieren.

Im Gegensatz zu vergleichbaren kapitalistischen Staaten zeichnet sich die deutsche Familienpolitik bislang dadurch aus, dass sie einen relativ hohen Anteil an Reproduktionsarbeit in die Familie verlagert, wobei sie eine komplementäre Arbeitsteilung entlang der Zuordnung nach Geschlecht in der Familie voraussetzt. Dem männlichen Familienernährermodell entsprechend werden dabei Betreuungs- und Erziehungsaufgaben durch familienpolitische Leistungen unterstützt. Diese monetären Leistungen sind jedoch zu relativ großen Anteilen an eine Erwerbstätigkeit geknüpft. Dementsprechend setzt die sozialstaatliche Funktionslogik des Familienernährermodells ein Normalarbeitsverhältnis auf Seiten des männlichen Familienernährers voraus. Mit der relativen Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen steht eine komplementäre Arbeitsteilung zur Disposition, in der hauptsächlich der männliche Familienernährer die für die Subsistenz notwendigen Geldleistungen der abhängigen Familienangehörigen sicherte.

Die neue Familienpolitik

Seit Amtsantritt der zweiten rot-grünen Koalition mit Renate Schmidt (SPD) als Familienministerin gab es eine Wende der Familienpolitik, die von den Familienministerinnen Ursula von der Leyen und Kristina Schröder (CDU) weitergeführt wird. Das neue familienpolitische Leitbild sieht eine Steigerung der weiblichen Erwerbsquote vor. Bis ins Jahr 2013 sollen bundesweit 230.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. Bei der Vergabe von Gutscheinen für die Tagesbetreuung eines Kindes werden erwerbstätige und alleinerziehende Erziehungsberechtigte bevorzugt. Da erwerbstätige Eltern im Durchschnitt über ein höheres

Familieneinkommen verfügen und besser qualifiziert sind als nicht erwerbstätige Eltern, wird also ausgerechnet jenen Eltern die Möglichkeit öffentlicher Kinderbetreuung verwehrt, die ohnehin zu den am stärksten benachteiligten Gruppen gehören.

Mit der Verabschiedung des einkommensabhängigen Elterngeldes, das statt des zuletzt zwei-jährigen Erziehungsgeldes nur für ein Jahr gezahlt wird, werden einkommensschwache Familien ebenfalls benachteiligt. Diese einkommensabhängige Leistung, die Erziehungsberechtigte 12 Monate nach der Geburt ihres Kindes in Höhe von 67 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens beziehen, ist auf 14 Monate ausdehnbar, sofern sich der andere Elternteil an der Elternzeit beteiligt. Damit wird besser verdienenden Vätern ein Anreiz zur Übernahme von Fürsorgeverantwortung für ihre Kinder gegeben. Mit dem Elterngeld ist eine Umverteilung familienpolitischer Leistungen verbunden, die Geringverdienerinnen und Geringverdiener gegenüber der früheren Regelung benachteiligt. Am stärksten benachteiligt sind Empfängerinnen und Empfänger von ALG II, deren Elterngeld erst um die Hälfte gekürzt und ab 2011 komplett gestrichen werden soll.

Hier wird das Dilemma der Familienpolitik deutlich: Während die frühere sozial gestaffelte Regelung eher das männliche Ernährermodell gestützt hat, bei dem schlecht verdienende Frauen stärker von männlichen Verdienern abhängig waren, verteilt die neue, prozentual am Einkommen orientierte Regelung die Leistungen so, dass die unteren 60 Prozent in der Einkommenshierarchie weniger als zuvor, Empfängerinnen und Empfänger von ALG II bald gar kein Elterngeld mehr erhalten (siehe auch Statement von Jenny Ullrich in diesem Jahreatlas). In einem vergleichbaren Spannungsverhältnis bewegt sich auch die Reform des Unterhaltsrechts. Die neue Regelung bewirkt, dass zunächst das Kind und nicht der erziehende Elternteil unterhaltsberechtig ist. Weil der Kindesunterhalt im Einkommensteuerrecht ungleich weniger als der Ehegattenunterhalt absetzbar ist, verringert sich hierüber das Nettoeinkommen des Familienernährers. Dadurch kann insgesamt weniger Unterhalt an diejenige Familie ausbezahlt werden, in der das Kind lebt. Der betreuende Elternteil wird demnach häufiger von Sozialleistungen abhängig werden. Anders als beim Betreuungsunterhalt, auf den mehrheitlich Mütter vor dem Unterhaltsänderungsgesetz Anspruch hatten, ist der Bezug von ALG II an die Eingliederung in den Arbeitsmarkt gekoppelt. Die Reform des Unterhaltsrechts zielt folglich ebenso wie das Elterngeld und der Ausbau der Kindertagesbetreuung auf die Integration aller Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt.

Die dargelegten familienpolitischen Reformen sind – weil sie auf eine Angleichung weiblicher Erwerbsbiographien an die von Männern abzielen und Hartz-IV-Empfangenden jegliche monetäre Unterstützung entziehen – Teil einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik.

Status Quo und die Herausforderungen an einen linken Feminismus

Die Monopolstellung des liberalen Feminismus wird insbesondere durch die Gleichstellungspolitik der ehemaligen Familienministerin Ursula von der Leyen deutlich. Alternative feministische Positionen sind derzeit weitgehend marginalisiert. Kritik am neoliberalen und wirtschaftsorientierten Charakter der neuen Familienpolitik kommt lediglich von konservativer Seite, so etwa von Eva Herman. Herman verweist darauf, dass in Familien die von allen Erwachsenen in Erwerbsarbeit verbrachte Zeit tendenziell ansteigt, und fordert mehr Zeit für eine von diesen Zwängen relativ abgeschottete Familienwelt. Dem zunehmenden Leistungsdruck soll nicht mit einer Umstrukturierung der Arbeitszeitmodelle begegnet werden, sondern mit der Abwehr des Doppel-Verdienermodells. Diese Position inszeniert sich als Stimme der ‚schweigenden Mehrheit‘, da die Doppelbelastung von Frauen im liberalen Feminismus nicht ernsthaft diskutiert wird. Die Legitimität des traditionellen Familienernährermodells wird

bestätigt und das Problem der höheren Arbeitsbelastung konservativ gelöst: Die Position ist ein Kompromiss aus konservativer Ideologie und proletarischen Bedürfnissen nach weniger Arbeit.

Der liberale Feminismus, der beispielsweise von der Autorin Thea Dorn und der FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin vertreten wird, wendet sich gegen geschlechterhierarchische Strukturen und den nostalgischen Blick zurück auf die Hausfrauenehe. Die Emanzipation soll in neuer Form weitergeführt werden, beschränkt sich jedoch wie die herrschende Familienpolitik auf Maßnahmen, in deren vollen Genuss nur die relativ Privilegierten kommen. Mit den Problemen der gering qualifizierten Angestellten, die auch im Zuge des Ausbaus der Kinderbetreuung äußerst geringe Aufstiegschancen haben oder die erst gar keinen Arbeitsplatz finden, befasst sich der liberale Feminismus nicht. Die steigende Arbeitsbelastung, die sinkenden Löhne und fehlende Möglichkeiten des Aufstiegs und der Entfaltung im Beruf sind als Themen abwesend.

Die Position der liberalen Feministinnen repräsentiert die Perspektive und die Interessen des progressiven Bürgertums. Weil fast alle Veröffentlichungen aus diesem Lager eine offensive Stimmung des Aufbruchs verbreiten und Frauen ermutigen, sich gegen traditionelle Zuschreibungen zu wehren, hat diese Position Potenziale, auch Menschen aus anderen Schichten einzubinden. Auffällig ist, dass eines der klassischen Themen des ‚alten‘, Feminismus, die Doppelbelastung von Frauen, vollkommen ausgeblendet wird. Der liberale Feminismus verbindet neoliberale Elitenförderung mit einer Flexibilisierung der Geschlechterhierarchien.

Es stehen sich also zwei Positionen gegenüber: die erste ist konservativ und anti-neoliberal; die zweite feministisch und neoliberal. Vereinfacht gesagt, beobachten wir eine Frontstellung von Feminismus/Neoliberalismus vs. Familien/soziale Gerechtigkeit. In dieser Konstellation erscheint Widerstand gegen Marktzwänge als konservativ, Gleichstellung der Geschlechter hingegen als Elitenorientierung. Beide Positionen bieten Identifikationsangebote. Die real vielfältigen Familien- und Erwerbsarbeitsmodelle werden zu Modellkonstellationen reduziert, an denen sich die Bevölkerung orientieren und in die man sich politisch und ideologisch einordnen kann. Davon ausgehend lautet unsere These, dass ein linker Feminismus und eine linke gegenhegemoniale Position sich nur dann erfolgreich konstituieren können, wenn sie in der Lage sind, die Kritik der Konservativen an der Arbeitsbelastung und die Kritik der Liberalen an den Geschlechterhierarchien in herrschaftskritischer Weise zu verbinden. Der ehemals tonangebende linke Feminismus verfolgt derzeit kein klar erkennbares Projekt. Viele seiner ehemaligen Protagonistinnen versuchen eher, im Rahmen der historisch gesehen relativ fortschrittlichen neuen Politik Akzente zu setzen.

Damit droht aber Feminismus insgesamt das Image eines ‚Feminismus der Besserverdienenden‘ zu erhalten, während die Sorgen der Unterdrückten mit der Ideologie der ‚Familienfreundlichkeit‘ durch die katholischen Ultras aufgegriffen werden. Hier wäre eine dritte Position eines neuen linken Feminismus gefragt, der gleichermaßen gegen Geschlechterhierarchien und gegen neoliberale Umverteilung mobilisiert. Die Herausforderung an einen linken Feminismus der Zukunft wird daher in der Etablierung einer dritten Position gegenüber konservativen Positionen einerseits und neoliberalen Positionen andererseits bestehen und damit in der Überwindung der Vorstellungen, mit einer ideologischen Aufwertung von Reproduktionsarbeit oder einer Arbeitsmarktaktivierung von Frauen könne die Gleichstellung der Geschlechter erreicht werden.

Technologie

Netzpolitik und soziale Gerechtigkeit. Ein queer-feministisch-intersektional inspirierter Blick auf die Themen der digitalen Bürgerrechtsbewegung

23.02.2010, *Kathrin Ganz*

Netzpolitische Themen wie die Vorratsdatenspeicherung oder Internetsperren haben in den letzten Jahren eine erstaunliche Mobilisierungsfähigkeit bewiesen. Dies hat nicht zuletzt der Achtungserfolg der Piratenpartei bei der letzten Bundestagswahl gezeigt. Die Debatten um staatliche und privatwirtschaftliche Eingriffe in das Internet und den Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter werden in der Öffentlichkeit als Themen wahrgenommen, mit denen sich vor allem technisch versierte und meist männliche Internetnutzer_innen beschäftigen. Anhand des Themas Netzneutralität und zwei Beispielen aus dem Bereich Datenschutz möchte ich zeigen, was Netzpolitik aus einer queer-feministisch-intersektionalen Sicht bedeutet, die vielfältigen sozialen Positionierungen entlang komplexer Verhältnisse sozialer Ungleichheit Rechnung trägt.

Mit dem Begriff Netzpolitik bezeichne ich das Politikfeld der Regulierung digitaler Kommunikation. Drei wichtige Themen in diesem Zusammenhang sind derzeit die Vorratsdatenspeicherung, das Zugangerschwerungsgesetz und Netzneutralität. Die Verfassungsmäßigkeit der Vorratsdatenspeicherung wird derzeit in Karlsruhe vom Bundesverfassungsgericht überprüft. Das Urteil Aufzeichnung und Auswertung von Verbindungsdaten elektronischer Kommunikation via Internet und Mobilfunk wird für den 2. März 2010 mit Spannung erwartet. Das Zugangerschwerungsgesetz, mit dem Webseiten mit kinderpornographischen Inhalten per Stoppschild unsichtbar gemacht werden sollten, wurde zum Ende der letzten Legislaturperiode vom Bundestag verabschiedet. Obschon seine Umsetzung von der schwarz-gelben Regierungskoalition zunächst ausgesetzt wurde, trat es am 23. Februar 2010 in Kraft. Bei der Anhörung über die Petition gegen das Gesetz zur Zugangerschwerung vor dem Petitionsausschuss des Bundestages zeigte sich jedoch erneut, dass diesem nicht nur die 135 000 Unterzeichner_innen der Petition, vertreten durch die Initiatorin der Petition, Franziska Heine, sondern auch alle im Bundestag vertretenen Parteien mittlerweile kritisch gegenüber stehen. Neben verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber dem Gesetz wird argumentiert, dass Internetsperren technisch leicht zu umgehen sind. Darüber hinaus ist der Aufbau einer demokratisch nicht kontrollierbaren Zensurinfrastruktur zu befürchten. Nun bleibt abzuwarten, ob die Regierungskoalition wie angekündigt ein „Löschgesetz“ vorlegt und ob der Bundestag das Zugangerschwerungsgesetz aufheben wird. Die Vorratsdatenspeicherung und das Zugangerschwerungsgesetz zeigen deutlich, wie umkämpft netzpolitische Themen in Deutschland zurzeit sind und welche Handlungsmacht die „digitale Bürgerrechtsbewegung“ hat. Die geplante Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages wird voraussichtlich das nächste Konfliktfeld dieser Art.

Während sich diese Debatten jeweils an bundesdeutschen Gesetzesinitiativen entsponnen haben, ist Netzneutralität ein Thema, dass in den letzten Monaten vor allem auf EU-Ebene verhandelt worden ist. Netzneutralität bedeutet, dass Internetprovider Datenpakete unabhängig davon, woher diese stammen, welche Anwendungen sie generiert haben und welche Inhalte sie transportieren unverändert und gleichberechtigt übertragen. Vergleichbar mit der Briefpost, bei der alle Briefe mit der gleichen Geschwindigkeit bei der Empfängerin ankommen sollten, bedeutet Netzneutralität also, dass Internetprovider beim Übermitteln von Daten neutral bleiben. Im Sinne der Profitmaximierung haben Telekommunikationsunternehmen jedoch

ein wirtschaftliches Interesse daran bestimmten Daten bevorzugte Übertragung zu gewähren und die Übertragung von Daten zu verhindern, obwohl dies technisch ohne weiteres möglich ist. Beispielsweise schließen viele Mobilfunkprovider es aus, mit internetfähigen Handys über Dienste wie Skype zu telefonieren, um die Telefongebühren zu umgehen. Provider könnten aber auch bestimmten Serviceanbietern vertraglich zusichern, deren Inhalte zukünftig schneller oder gar exklusiv ihren Kund_innen zur Verfügung zu stellen, während andere Seiten nicht mehr oder langsamer erreichbar sind. So ließen sich differenziertere Angebote zusammenstellen. Denkbar wäre beispielsweise ein Internetzugang "basic", der für wenig Geld nur ausgewählte Services wie Shoppingportale und die Seiten großer Medienkonzerne bietet, während für das ganze Internet und die Nutzung von Protokollen aller Art monatlich viel Geld hingebblättert werden muss. Im vergangenen Jahr wurde auf EU-Ebene das Telekom-Paket zur Schaffung einer europäischen Telekommunikationsrahmengesetzgebung verabschiedet. In der ersten Lesung hatte sich das EU-Parlament noch für klare Regeln zur Netzneutralität ausgesprochen. In der schließlich verabschiedeten Version jedoch einigte man sich darauf, Netzneutralität hier nicht normativ festzuschreiben.

Wenn sich Provider zunehmend nicht mehr als Mittler_innen, sondern Gestalter_innen des Internets sehen, die aus kommerziellen oder politischen Interessen in die Inhalte eingreifen, hat das weitreichende Konsequenzen die freie Meinungsäußerung im Netz. Es gibt unzählige Seiten, Weblogs, Foren, Mailinglisten und Podcasts, die von Menschen aus unterschiedlichen marginalisierten Positionen heraus betrieben werden. Diese Tools dienen zur Vernetzung und politischen Organisation im Kampf gegen Unterdrückung und Ausgrenzung und werden durch Eingriffe in die Netzneutralität gefährdet. Denn wer garantiert, dass ein "basic" Angebot auch das rassismuskritische Weblog oder den feministischen Podcast beinhaltet? Wer kann sich in diesem Szenario einen Internetzugang leisten, der nicht nur zahlungskräftige Mainstreammedien und Shoppingportale umfasst?

Der Traum von einem globalen virtuellen Raum, in dem Macht- und Herrschaftsverhältnisse keine Rolle spielen, ist wahrscheinlich unerreichbar. Im Sinne der von Jacques Derrida formulierten Demokratie "à venir", die stets im Kommen ist, wäre es trotzdem ein Fehler, diese mit dem Internet verbundenen Hoffnungen zu verwerfen und den Profitinteressen der Telekommunikationsindustrie nachzugeben. Netzpolitik ist mit ihren verschiedenen nationalen und internationalen Ebenen und Akteur_innen ein sehr vielschichtiger und manchmal unübersichtlicher Politikbereich. Aus queer-feministisch-intersektionaler Perspektive halte ich es für nötig, die meist technisch oder aber abstrakt-bürgerrechtlich formulierten Problemstellungen der Netzpolitik auf Fragen sozialer Gerechtigkeit hin zu untersuchen und sich nicht dem Gefühl der Paranoia gegenüber technischer Überwachung und Machtlosigkeit hinzugeben. Das bedeutet, sich immer wieder zu fragen, was technische und politische Entwicklungen rund um das Internet für Menschen bedeuten, die gesellschaftlich marginalisiert sind und vor diesem Hintergrund zum Teil spezifische Erfahrungen und soziale Praxen entwickeln. Zwei weitere Beispiele aus dem Bereich Datenschutz sollen dies verdeutlichen.

Die Website Netzpolitik.org machte vor einiger Zeit auf ein Datenleck in Berlin (<http://www.netzpolitik.org/2009/datenleck-bei-der-berliner-online-gewerbeauskunft/>) aufmerksam. Das online einsehbare Handelsregister der Stadt konnte nach Branchen sortiert ausgegeben werden. Dies wirkt auf den ersten Blick unproblematisch, doch dadurch konnten Interessierte mit grundlegenden Datenbankankenntnissen eine Liste mit allen als Gewerbe angemeldeten Sexarbeiter_innen generieren. Sexarbeit ist gesellschaftlich noch immer tabuisiert, so dass in diesem Bereich vermutlich von einem größeren Bedürfnis nach Datenschutz ausgegangen werden muss als beispielsweise bei Handwerksbetrieben. Entsprechend müssen

solche eGovernmentprojekte mit Blick Diskriminierung und gesellschaftliche Machtverhältnisse kritisch beobachtet werden.

Ein viel diskutiertes Thema ist der Schutz der Privatsphäre auf Sozialen Netzwerken wie StudiVZ, „Wer kennt wen?“ oder Facebook. Für gewöhnlich haben Nutzer_innen auf diesen Seiten die Möglichkeit, innerhalb des von den Seitenbetreiber_innen vorgegeben Rahmen einzustellen, für wen welche Daten und Fotos sichtbar sein sollen. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch, welche Einstellungen von Betreiber_innen voreingestellt sind. Was passiert also, wenn ich mich um nichts kümmere? Eine Studie (<http://blogs.law.harvard.edu/niftyc/archives/192>) über die Umgangsweisen von Nutzer_innen mit den Voreinstellungen von Routern zeigt, dass wohlhabende, gut ausgebildete und über Zeit bzw. die Möglichkeit, sich professionelle Hilfe zu leisten verfügende Menschen häufiger von der Möglichkeit profitieren, die Einstellungen an ihren Geräten zugunsten eines verbesserten Schutzes ihrer Privatsphäre zu verändern. Enger gefasste Privacy(vor)einstellungen, wie von Datenschützer_innen gefordert, vorzuschreiben, würde es auch Nutzer_innen ohne entsprechende Ressourcen ermöglichen, ihre Daten vor ungewollten Zugriffen durch andere Nutzer_innen oder Unternehmen zu schützen.

Das Internet ist Gegenstand sozialer und politisch umkämpfter Gestaltungsprozesse, in den sich zunehmend Menschen einmischen, die das Netz in seiner heutigen Form als Teil ihres Lebensraums verstehen. Die Netzbewegung interveniert gegen staatliche Regulationen, hinter denen sicherheitspolitische Überlegungen ebenso wie privatwirtschaftliche Interessen stehen. Als im September 2009 in Berlin rund 20 000 Menschen unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ demonstrierten, zeigte sich, wie heterogen diese Bewegung ist. Selbstverständlich waren Gruppen wie der Chaos Computer Club und die Arbeitskreise Vorratsdatenspeicherung und Zensur vertreten. Neben unzähliger Pirat_innen reichte das parteipolitische Spektrum von der Linken über die Grünen bis hin zur Liberalen Jugend, die mit ihren Polohemden nur wenige Demonstrationsblöcke hinter den in Schwarz gekleideten antikapitalistischen, autonomen Gruppen liefen. Berufsverbände und Gewerkschaften hatten ebenso zum Protest gegen die Beschneidung von Bürgerrechten im Zuge von staatlichen und privatwirtschaftlichen Sicherheitspolitiken aufgefordert wie PRO ASYL, der Berliner Flüchtlingsrat, der LSVD und die Deutsche AIDS Hilfe. Auch Trotz Allem e.V., eine Beratungsstelle für Frauen, die sexuelle Gewalt erfahren haben, findet sich auf der Liste der Unterstützer_innen. Sie hatte bereits in der Auseinandersetzung um Internetsperren Position gegen den Aufbau einer Zensurinfrastruktur eingenommen. In den aktuellen netz- und sicherheitspolitischen Diskursen verbindet bereits eine Reihe von Organisationen die bürgerrechtliche Perspektive mit den Interessen spezifisch positionierter, gesellschaftlich minorisierter Gruppen. Aus queer-feministisch-intersektionaler Perspektive halte ich es für entscheidend, dass gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, wie sie sich beispielsweise entlang von Rassialisierung, der Kategorie Körper, Klassen und der heterosexuellen Geschlechterordnung reproduzieren, nicht völlig hinter der Figur des um „seine“ Rechte kämpfenden „Bürgers“ verschwinden, damit Fragen sozialer Gerechtigkeit in netzpolitischen Debatten verhandelt werden können.

Web 2.0 = demokratische Öffentlichkeit? Einige (feministische) Anmerkungen zu einer erneuten Debatte

21.06.2010, *Tanja Carstensen*

Am 27. April 2010 fand in Berlin, veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung, eine Podiumsdiskussion zum Thema „Citizen 2.0. Wie beeinflusst das Netz die demokratische Öffentlichkeit?“ statt. Anlass war das Erscheinen des Buches „Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die sozialen Medien im Web 2.0“ des Medienwissenschaftlers Stefan Münker. Er vertritt die These, dass mit dem Web 2.0 das Ideal demokratischer Öffentlichkeit, wie es Jürgen Habermas entwirft, Realität geworden ist. Auf der Veranstaltung diskutierten Stefan Münker, Sophie Scholz (socialbar) und ich, Jan Engelmann (Heinrich-Böll-Stiftung) moderierte. Im Folgenden skizziere ich einige meiner Kommentare und Anmerkungen, insbesondere diejenigen, die aus feministischen und genderkritischen Perspektiven resultieren.

Die Verbreitung des Internets war von Anfang an begleitet von Hoffnungen auf Demokratisierung. Nachdem die erste Welle euphorischer Prognosen zum Jahrtausendwechsel durch die politische Realität sowie durch empirische Forschungsergebnisse ernüchert war, blüht diese nun – geknüpft an das Schlagwort Web 2.0 – in einer zweiten Welle auf. Spätestens seit dem Wahlkampf von US-Präsident Obama und der Nutzung von Twitter für die Protestaktionen der Opposition im Iran scheinen die politischen Potenziale des Internets offensichtlich, und die Erwartungen an Demokratisierung und Partizipation sind groß.

Tatsächlich ist eine Eigenschaft des Web 2.0 bemerkenswert und in der Form neu: Die Inhalte des neuen Mediums werden entscheidend und weit reichend durch die Nutzer_innen mitgestaltet und produziert, sei es in Wikis, Weblogs, sozialen Netzwerkseiten, Foren, auf Foto-, Video- oder Musikportalen oder auch nur über Bewertungen auf Shopping-Seiten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Medien ist eine massenhafte Nutzung gemeinschaftlich geteilter, interaktiver Medien nun wirklich möglich und bleibt nicht, wie beim Radio, Computer oder dem ‚alten‘ Internet bloße Hoffnung.

Diese medienhistorische Zäsur ist für den Medienwissenschaftler Stefan Münker Anlass, das Web 2.0 als Verwirklichung demokratischer Öffentlichkeit, wie Jürgen Habermas sie idealtypisch entworfen hat, zu betrachten. Habermas’ vier Kriterien, nämlich die Unbeschränktheit des Zugangs, Gleichberechtigung unter den Mitgliedern, die Offenheit der Themen und die Unabgeschlossenheit der Teilnehmer_innen seien, so Münker, in den meisten Web 2.0-Angeboten kein fernes Ideal, sondern selbstverständlicher Teil der Spielregeln. Er sieht im Web 2.0 eine Bereicherung unserer Ausdrucks- und Handlungsmöglichkeiten, betont aber auch, dass erst durch den Gebrauch, also durch soziale Praxen, die medientechnologischen Rahmenbedingungen zu Möglichkeitsräumen werden.

Von der Litfasssäule zu feministischer Netzkultur

Auch feministische Projekte, Bewegungen und Organisationen haben viel gewonnen durch die Zunahme der technischen Möglichkeiten von Weblogs, Wikis, Twitter und sozialen Netzwerkseiten. Münker vergleicht das alte Internet mit einer besseren Litfasssäule, das lediglich ein Medium der Verlautbarung und Veröffentlichung von Informationen war. Das gleiche Bild zeigt eine Untersuchung der Nutzung und Gestaltung des Internets in frauen- und genderpolitischen Netzwerken, die wir 2002 bis 2005 durchgeführt haben

(www.frauenbewegung-online.de). Damals wurde das Internet tatsächlich fast ausschließlich zur Informationssuche und -bereitstellung genutzt, die feministische Netzszene bestand aus lauter mehr oder weniger starren Internetauftritten, auf denen die Akteur_innen sich vorstellten und Fachinformationen anboten. Diskussionen, Interaktionen, Meinungsbildung oder gar politische Aktionen fanden so gut wie gar nicht statt.

Zwar existieren viele Internetauftritte feministischer Projekte noch heute in dieser Form, aber daneben und verwoben damit ist eine lebhaftere queer-feministische Netzkultur entstanden, die sich vor allem über Weblogs sehr gut miteinander vernetzt, rege austauscht, aufeinander verweist, diskutiert und sich und andere kommentiert. Zum einen entwickeln und erproben sie damit neue Internetpraktiken, die für feministische Anliegen genutzt werden können, zum anderen haben sich die feministischen Weblogs wie mädchenblog (<http://maedchenblog.blogspot.de/>), Mädchenmannschaft (<http://maedchenmannschaft.net/>), piratenweib (<http://www.piratenweib.de/>), genderblog (<http://genderblog.de/>), Antje Schrupp (<http://antjeschrupp.com/>), i heart digital life (<http://www.iheartdigitallife.de/>), aber auch der Zusammenschluss girls on web society auf facebook, das erste gendercamp (<http://www.gendercamp.de/>) im Mai 2010 oder das Vernetzungstreffen FrauenImNet (<http://www.frauenim.net/>) damit auch innerhalb der (ansonsten sehr männlich geprägten) Netzsphäre etabliert. Dies wurde auch auf der diesjährigen re:publica deutlich, auf der mit immerhin zwei explizit genderrelevanten Veranstaltungen im Programm die feministischen Beiträge zur Netzkultur nicht mehr zu übersehen sind (hierzu z.B. YouTube <http://www.youtube.com/watch?v=YQSf8ORaMHY>). Mit dem Web 2.0 sind Vernetzung, Austausch, Kooperation, Meinungsbildung, Diskussion und Kommentare untereinander, aber auch die Sichtbarkeit feministischer Inhalte nach außen gestiegen.

Unbeschränkter Zugang?

Dennoch kann aus feministischen Perspektiven kaum von einer Verwirklichung des demokratischen, aufklärerischen Ideals von Öffentlichkeit gesprochen werden. Manche mögen gähnen beim Stichwort digital divide, ist es doch so alt wie das Internet selbst und für viele kein interessanter Punkt mehr. Doch in der Euphorie um die breiten Beteiligungsmöglichkeiten gerät allzu oft aus dem Blick, dass die Frage nach Zugang und digitaler Spaltung nach wie vor relevant ist. Nicht nur, dass es nach wie vor allein in der Bundesrepublik Deutschland ca. 1/3 Offliner_innen gibt (ARD/ZDF-Offlinestudie 2009, http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx_mppublications/Gerhards_7_09.pdf), unter denen nach wie vor überdurchschnittlich stark die über 60-jährigen Frauen zu finden sind; auch bleibt insbesondere die aktive Web 2.0 Nutzung sehr eingeschränkt. Denn, so zeigt die ARD/ZDF-Online-Studie 2009, nur 13% der Internetnutzer_innen sind überhaupt interessiert am aktiven Mitwirken, 2/3 hingegen sind nicht interessiert am Einstellen eigener Inhalte (http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Online09/Busemann_7_09.pdf).

Gleichberechtigte Teilnehmer_innen?

Einmal abgesehen von diesen Beschränkungen, ist es dennoch deutlich leichter als früher möglich, dass viele an einem Thema mitdiskutieren, Weblogs einrichten, kommentieren, bewerten, Wikipedia Artikel einstellen, bearbeiten und vieles mehr können. Dennoch sind die vielen schreibenden, editierenden, diskutierenden und kommentierenden Menschen nicht wirklich gleichberechtigt. Das zeigt sich unter anderem an den Blogcharts, die auswerten, welche Blogs am meisten gelesen werden. Hier haben sich längst Hierarchien der Aufmerksamkeit herausgebildet. Und, welch Wunder, obwohl viele Frauen bloggen, sind Blogs von Frauen hier wenig zu finden (vgl. u.a. die Studie der Ruhr-Uni Bochum, [40](http://www.soz.uni-</p></div><div data-bbox=)

frankfurt.de/K.G/B1_2008_Hesse.pdf). Auch das Thema Netzpolitik scheint ebenfalls von bürgerlichen weißen Männern dominiert (vgl. auch den Text den Kathrin Ganz zu Netzpolitik in diesem Reader).

Und nicht nur das Gelesenwerden ist ungleich verteilt, auch die Möglichkeiten zu schreiben sind nicht immer und überall im Web 2.0 so gleich wie behauptet. Auch in Wikipedia haben sich längst Gatekeeper und Machtstrukturen herausgebildet (vgl. DFG-Projekt zu Wikipedia, <http://user.uni-frankfurt.de/~chris/DFG-Projekt/>); Administrator_innen wachen und urteilen streng über Relevanz von Themen und Einträgen (u.a. Heise, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/26C3-Hitzige-Qualitaetsdebatte-zur-Wikipedia-893775.html>).

Besonders restriktiv und hierarchisch zeigt sich das „Mitmachnetz“ bei den Eingabefeldern der sozialen Netzwerkseiten (vgl. auch mein Text auf den Seiten des Feministischen Instituts, <http://www.feministisches-institut.de/web2/>), die oftmals eindeutige Angaben u.a. zu Geschlecht, aber auch zu anderen Identitätskategorien fordern. Trotz zahlreicher Diskussionen, Forderungen und Petitionen innerhalb der Netzwerke gegen diese Beschränkungen konnten die User_innen keine Änderungen der Pflichtfelder erreichen; die Vorschläge, andere Auswahlmöglichkeiten, offene Felder und mehr Ausdrucksmöglichkeiten in den Formularen zu ermöglichen, ließen sich nicht durchsetzen.

Offenheit der Themen?

Stefan Münker geht davon aus, dass es einfacher wird, sich in politische Debatten einzumischen, und dass das Web 2.0 prinzipiell für alle Themen offen ist. Das stimmt. Aber das hat auch viele Kehrseiten. Natürlich ist es fantastisch, welchen Raum und welche Ausdrucksmöglichkeiten queer-feministische Diskussionen und Praxen mit dem Netz dazu gewonnen haben. Gleichzeitig sind gerade feministische Inhalte im Netz extrem von sexistischen, homophoben und antifeministischen Kommentaren und Angriffen betroffen. In gemäßigter Form sind dies die Löschanträge für die feministischen Einträge Ladyfest und riotgrrrl in Wikipedia, die ich an anderer Stelle schon einmal thematisiert hatte. Aber auch persönliche Angriffe, Beleidigungen, sexistische Anmache und sogar Morddrohungen sind auf feministischen Blogs keine Seltenheit. Diese Angriffe auf feministische Inhalte haben seit der re:publica 2010 einen neuen Höhepunkt (<http://www.piratenweib.de/republica-sexisticum>) erreicht. Auch wenn davon ausgegangen wird, dass diese Angriffe von einer kleinen Gruppe Maskulinisten ausgehen, und frau die Kommentare einfach löschen kann, binden sie Energie, es müssen Umgangsweisen, Abwehrmechanismen und Ignoranz (<http://carta.info/26755/die-ressource-ignoranz/>) entwickelt werden. Zwar gibt es inzwischen auch kreative Ansätze, mit den Kommentaren offensiv umzugehen (<http://gendercamp.posterous.com/umgang-mit-trollen-moeglichst-ohne-hausrechtsa>) bis hin zu der Idee, über Werbung Geld mit ihnen zu verdienen (<http://gendercamp.posterous.com/trolle-monetarisieren>). Offener und gleichberechtigter Diskurs aller im Netz sieht dennoch anders aus.

Das Web 2.0 bietet viele neue Möglichkeiten, demokratische Öffentlichkeiten zu entwickeln. Verwirklicht sind diese damit noch lange nicht. Und dies bleibt wohl eher eine politische als eine technische Aufgabe.

Digitale Spaltung per Gesetz – Das Internet zwischen Produktion und Kompensation sozialer Ungleichheit im Alltag von Erwerbslosen

02.09.2010, Kathrin Englert

Hartz IV-Empfangende brauchen keine internetfähigen Computer, weil sie Fernseher haben. Dieser Ansicht sind deutsche Sozialgerichte und forcieren damit eine digitale Spaltung per Gesetz. Im Zeitalter der digitalen Informations- und Kommunikationsgesellschaft mutet dieser Umstand absurd an, aber eine breite öffentlichkeitswirksame Debatte steht bisher aus. Grund dafür dürfte auch sein, dass die Frage nach der Bedeutung des Internets im Alltag von Erwerbslosen bisher eine Leerstelle in der Forschungslandschaft um Ausgrenzung, soziale Verwundbarkeit und Teilhabe ist. Aus einem aktuellen Forschungsprojekt zum Zusammenhang von Erwerbslosigkeit und Internet möchte ich Antworten auf diese Frage geben und das Internet zwischen Produktion und Kompensation sozialer Ungleichheit verorten. Dabei wird deutlich, dass Geschlecht als entscheidende Achse der Differenz an Bedeutung verliert. Vielmehr lassen sich die Achsen der sozialen Verwundbarkeit in diesem Kontext nur intersektional bestimmen.

„Ich kenne das Internet nur aus dem Fernsehen“

Und das wird auch so bleiben. Im April diesen Jahres weist das Landessozialgericht NRW die Klage einer Hartz IV-Empfängerin zurück, die die Übernahme der Kosten für einen PC samt Zubehör beantragt hatte. Begründet wird diese Entscheidung damit, dass ein PC für eine geordnete Haushaltsführung nicht notwendig sei und auch nicht für ein an den herrschenden Lebensgewohnheiten orientiertes Leben benötigt werde (LSG NRW, L 6 AS 297/10 B). Darüber hinaus ist nach Meinung des Gerichts ein PC nicht für die Grundversorgung mit Informationen erforderlich, weil diese durch Fernsehen und Rundfunk sichergestellt werde (ebd.). Dieser Sachverhalt spiegelt sich auch in der deutschen Abgaben- und Zivilprozessordnung wider: Während ein Fernseher aufgrund der Grundversorgung mit Informationen unpfändbar ist, gilt dies für einen internetfähigen PC nicht. Die Anschaffungskosten für ein solches Gerät sucht man in den Hartz IV-Regelsätzen vergebens, dort tauchen lediglich rein rechnerisch Ausgaben für Internet- sowie Onlinedienste (3,18 Euro im Monat) und für Datenverarbeitung inkl. Software (2,62 Euro im Monat) auf. Sollte ein/e ALG II- Leistungsbeziehende/r sich einen PC anschaffen wollen, so muss dies aus den Regelleistungen angespart werden, urteilt das Landessozialgericht Bayern und lehnt damit die Klage auf Gewährung eines Darlehens ab (LSG Bayern, L 7 AS 41/10 B ER). Dass es aufgrund der niedrigen ALG II-Regelleistung kaum möglich ist, die Kosten für einen PC anzusparen, zeigt der Umstand, dass es mittlerweile in Hamburg bereits eine „Computer-Tafel“ gibt. Der Verein „Computer-Spende Hamburg e.V. – Der erste Computerverein auch für Geringverdiener“ (<http://www.computerspendehamburg.de/>) hat seit seiner Gründung 2009 bereits gut 600 Anträge bearbeitet und gibt wöchentlich an 10-12 Personen von der Warteliste einen aus Elektroschrott selbst zusammengebauten PC ab. Damit bietet der Verein eine pragmatische Lösung für ein gesellschaftliches Problem an, dessen öffentlichkeitswirksame Verhandlung noch aussteht (Lischka 2010).

Der Alltag von Menschen im ALG II-Bezug ist in besonderem Maße durch prekäre Lebensverhältnisse gekennzeichnet. Der Verlust von Erwerbsarbeit bedeutet den Verlust einer zentralen Dimension gesellschaftlicher Teilhabe, der sich auch auf weitere Teilhabeformen wie soziale Nahbeziehungen, Rechte, Kultur und Bildung auswirkt. Dabei hat die soziale Verwundbarkeit von Erwerbslosen durch die rechtliche Umgestaltung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie durch Diskurse um Eigenverantwortung und ‚spätromische Dekadenz‘ ein

neues Niveau erreicht. Welche Rolle spielt nun das Internet in diesem von Ausgrenzungen und sozialen Verwundbarkeiten geprägten Alltag? Kann das Internet die eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten, die mit Erwerbslosigkeit einhergehen, kompensieren? Können Erwerbslose mit Hilfe des Internets Handlungsfähigkeit zurückgewinnen? Welche Bedeutung schreiben Erwerbslose dem Zugang zum Internet zu? Wird ein nicht vorhandener oder eingeschränkter Internetzugang zu einer weiteren Dimension der Ausgrenzung und sozialen Verwundbarkeit von Erwerbslosen in der digitalen Wissensgesellschaft und produziert damit soziale Ungleichheit? In einem qualitativ angelegten und von der DFG geförderten Forschungsprojekt, das am Arbeitsbereich Arbeit-Gender-Technik an der TU Hamburg-Harburg angesiedelt ist, gehe ich mit meinen beiden Kolleginnen Do. Gerbig und Betje Schwarz unter der Leitung von Gabriele Winker diesen Fragen anhand von Interviews mit Erwerbslosen in drei verschiedenen Regionen Deutschlands und der Software gestützten Aufzeichnung von Suchstrategien nach (<http://www.tu-harburg.de/agentec/forschung/bedeutunginternet.htm>).

Internet als Kompensation

In den Interviews wird deutlich, dass das Internet die eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten, die mit Erwerbslosigkeit einhergehen, zu kompensieren hilft, d.h. das Internet fungiert als Medium der Kompensation sozialer Ungleichheit. So ermöglicht das Internet beispielsweise im Bereich Rechte die schlechte Informationspraxis der ARGE und die damit verbundene Rechtsunsicherheit auszugleichen. Die Betroffenen gewinnen durch das Internet ihre Handlungsfähigkeit in der durch Abhängigkeit und Willkür geprägten Beziehung zur ARGE zurück und können sich zur Wehr setzen. Dabei wird deutlich, dass die Internetangebote die unzureichenden Offline-Rechtsberatungen übertreffen. Darüber hinaus wird auch im Bereich eingeschränkter kultureller Teilhabe und Freizeitgestaltung sowie Bildung deutlich, dass das Internet mit kostenlosen Angeboten oder (illegalisierten) Tauschbörsen für Filme, Bücher und Musik eine wichtige Kompensationsfunktion übernimmt. Hier könnte man überlegen, ein „Sozialticket für Internetangebote“ einzuführen, damit sich Erwerbslose durch die Nutzung illegalisierter Angebote nicht strafbar machen müssen. Das Internet spielt darüber hinaus mit Preisvergleichen oder Ebay eine wichtige Rolle für Teilhabe an der Konsumgesellschaft. Insofern kann das Internet Ausgrenzungen, die sich aufgrund der ökonomischen Situation ergeben, abschwächen.

Bezüglich des Zugangs zu Informationen erscheint die Nutzung des Internets heute fast relevanter als die Rezeption von traditionellen Massenmedien. „Mehr Informationen finden Sie unter tagesschau.de“. Viele Informationen sind außerhalb des Internets nur sehr schwer zugänglich und von KundInnen wird in immer mehr Bereichen eine Mitarbeit verlangt, um überhaupt an bestimmte Dienstleistungen zu kommen. Hier ist die ARGE mit der Telefonauskunft: „Lesen Sie das doch selber nach, das steht doch im Internet!“ keine Ausnahme. Je mehr solche Mitarbeit ins Internet verlagert wird, umso schwieriger wird es, ohne dieses Medium auszukommen. Und als demokratisches Medium eröffnet das Internet eine in klassischen Medien nicht zu findende Informations- und Meinungsvielfalt sowie einen Raum für gemeinsames politisches Engagement in Form von Petitionen oder Emails an PolitikerInnen. Aber das Internet ist auch als sozialer Ort für Erwerbslose von Bedeutung, denn über Foren, Chats oder Social Communities wird soziale Zugehörigkeit ermöglicht, auch fern der Festlegung der eigenen Identität auf Erwerbslosigkeit. Die Bedeutung, die das Internet im Alltag von Erwerbslosen hat ist somit vielfältig: Das Internet erscheint als Einkommens- oder Zuverdienstquelle, als Arbeitsmittel für politisches Engagement, als Heimat, als Zeitvertreib und Freizeitgestaltung oder als Mittel der Tagesstrukturierung. Längst ist das Internet viel mehr als nur ein Informationsmedium.

Produktion sozialer Ungleichheit

Das empirische Material zeigt darüber hinaus, dass das Internet in der Wahrnehmung der Interviewten selbst längst zum Symbol gesellschaftlicher Teilhabe geworden ist. „Also, es läuft echt alles nur noch übers Internet. Was haben die Leute früher gemacht? Man fängt echt an, nicht mehr ohne leben zu können.“ Das Internet gehört zur Normalität der digitalen Informations- und Wissensgesellschaft und ist im Alltag omnipräsent: Online-Bewerbungen sind selbstverständlich und auch die ARGE setzt einen Internetzugang als Normalität voraus. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass ein Internetzugang an sich zu einem Faktor sozialer Ungleichheit wird, wenn Menschen davon ausgeschlossen sind. Ein nicht vorhandener oder eingeschränkter Internetzugang wird somit zu einer weiteren Dimension der Ausgrenzung und sozialen Verwundbarkeit von Erwerbslosen in der digitalen Wissensgesellschaft und produziert durch die Exklusion von zentralen Lebenschancen soziale Ungleichheit. Diese Bedeutung des technischen Artefakts Internet ist in bisherigen Debatten um Ausgrenzung und Teilhabe verkannt worden. Es ist aber nicht nur ein Internetzugang notwendig, sondern auch die Fertigkeiten damit umzugehen. Diese können nur adäquat entwickelt und aufrecht erhalten werden, wenn das sich schnell wandelnde Internet im Alltag orts- und zeitsouverän genutzt werden kann.

Das Internet darf kein Netz für Wohlabende bleiben, denn bereits bisher zeigt sich eine sehr große Kluft bezüglich der Internetnutzung zwischen einkommensschwachen Haushalten und finanziell besser gestellten Gruppen ((N)ONLINER Atlas 2010: 17). Seit Jahren gilt: Je reicher eine Person ist, desto eher hat sie einen Zugang zum Internet. Erstmals in 2010 steigt die Internetnutzung in der Gruppe mit weniger als 1000 Euro Haushaltseinkommen auf über 50%, d.h. immer noch ist in dieser Gruppe erst jede(r) Zweite online (ebd.). Vielmehr sollte ein Internetanschluss ein Grundrecht sein und die Unpfändbarkeit von internetfähigen PCs erscheint als längst überfällig. Einer der Interviewten formuliert treffend seinen Verbesserungsvorschlag bezüglich des Internets: „Gratis könnten sie es machen für alle Menschen, ne? [...] Also es ist, es könnte in der Zukunft fast schon so was wie ein Menschenrecht sein, dass man Zugang hat zum Internet. Also das wäre für mich ein Vorschlag, dass so jeder es umsonst kriegt, ne? Ich könnte es mir zum Beispiel nicht leisten, wenn mir meine Schwester nicht die Hälfte zahlen würde, ne?“ Bisher wird jedoch die Bedeutung des Internets für Erwerbslose verkannt und die Anerkennung des Internets als Grundbedarf nicht diskutiert. Vielmehr wird derzeit die soziale Verwundbarkeit entlang des Zugangs zum Internet per Gesetz gefördert. Damit sind Erwerbslose doppelt ausgegrenzt: aus der Erwerbsarbeitsgesellschaft und aus der digitalen Informations- und Kommunikationsgesellschaft. Der Gesetzgeber nimmt damit Betroffenen die Möglichkeit, ihre marginalisierte Position mit Hilfe des Internets zu kompensieren und Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Aufgrund der vertikalen und horizontalen Segregation des Arbeitsmarktes sowie der Ungleichverteilung von Haus- und Sorgearbeit sind traditionell verstärkt weibliche Erwerbsbiographien von Erwerbslosigkeit und Niedrigeinkommen gekennzeichnet. Zudem zeigen sich immer noch geschlechtsspezifische Zugänge zu Technik. So drängen sich aus feministischer Perspektive die Fragen auf, ob vor allem Frauen von der doppelten Ausgrenzung aus Erwerbsarbeit und digitaler Wissensgesellschaft betroffen sind und ob die Produktion sozialer Ungleichheit in diesem Kontext vor allem entlang der Kategorie Geschlecht verläuft. Bei der Betrachtung der Internetnutzung wird allerdings deutlich, dass die Geschlechterdifferenz mit einem Abstand von 14,7 Prozentpunkten zwischen Männern und Frauen (ebd.: 17) als entscheidende Achse der Differenz an Bedeutung verliert. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass eine einseitige Fokussierung auf Geschlecht den Blick verfälscht. Vielmehr bedarf es einer differenzierten intersektionalen Perspektive, um die hier wirkenden Achsen der sozia-

len Verwundbarkeit zu bestimmen. So ist die Schere bei der Internetnutzung zwischen den Geschlechtern umso größer, je älter die Frauen sind und/oder je geringer ihre formale Bildung ist, während beispielsweise sogar mehr Schülerinnen als Schüler das Internet nutzen und die Unterschiede bei jungen Frauen und Männern minimal sind. Der digitale Graben in Deutschland verläuft also nicht isoliert entlang der Kategorie Geschlecht sondern vor allem entlang der Wechselwirkungen der Kategorien Geschlecht, Klasse (Einkommen, Bildung), Alter und regionaler Herkunft aus alten bzw. neuen Bundesländern. Und in Bezug auf Klasse wird er per Gesetz ein Stückchen tiefer gegraben.

Literatur

- Landessozialgericht NRW, L 6 AS 297/10 B,
http://www.justiz.nrw.de/nrwe/sgs/lsg_nrw/j2010/L_6_AS_297_10_Bbeschluss20100423.html [29.07.2010]
- Landessozialgericht Bayern, L 7 AS 41/10 B ER,
<http://www.sozialgerichtsbarkeit.de/sgb/esgb/show.php?modul=esgb&id=128020>
[29.07.2010]
- Lischka, Konrad (2010): Ich schenk dir das Tor zur Welt. In: spiegelonline vom 14.7.2010,
<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,706047,00.html> [29.07.2010]
- (N)ONLINER Atlas 2010. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. Nutzung und Nichtnutzung des Internets, Strukturen und regionale Verteilung,
<http://www.initiated21.de/wp-content/uploads/2010/06/NONLINER2010.pdf>
[29.07.2010]